

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Monatspreis 75 Pfennig
pro Quartal zzgl. Bestellgeb.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Sophienstraße 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro Spaltige Zeitspalt 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefformen beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Dr. 47

Stuttgart, den 21. November 1903

19. Jahrgang

Bekanntmachung des Tarif-Amtes.

Die Konstituierung des Tarifamtes ist durch die Wahl folgender Herren vollzogen:

Prinzipalvertreter:

Kommissionsrat H. Frißsche, Vorsitzender.
Paul Hoffmann und F. Fikentscher, Beisitzer.
A. Köllner und G. A. Enderß, Erfahmänner.

Gehilfenvertreter:

G. Wehmann, Vorsitzender.
A. Bibel und O. Lägel, Beisitzer.
H. Heß und R. Hefche, Erfahmänner.

Nu die

Deutsche Buchbinder-Gehilfenschaft!

Kollegen und Kolleginnen! Dem aufmerksamen Leser der „Buchbinder-Zeitung“ zeigt sich erfreulicherweise, daß sich im ganzen Reich in den Kreisen unserer Berufsangehörigen das Bestreben nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bemerkbar macht.

Es ist unzweifelhaft mit Freuden zu begrüßen, wenn die Kollegenschaft allerorts mit Fortwunaen an die Unternehmer herantritt, jedoch müssen sich diese Forderungen auf Grund des bestehenden Tarifs bewegen.

Um für die Zukunft möglichst zu vermeiden, daß in den einzelnen Orten Sondermaßnahmen getroffen werden, die dem bestehenden Tarif nicht entsprechen, sei auf folgendes eindringlichst aufmerksam gemacht.

Wie wohl jeder weiß, haben die Tarifverhandlungen des verflossenen Herbstes auch die Schaffung eines Tarifamtes für unseren Beruf mit sich gebracht, wie es die Buchdrucker schon seit Jahren haben. Die Tätigkeit dieses Tarifamtes ist wie folgt festgelegt:

Die Tätigkeit des Tarifamtes.

Die beiderseitigen Verbände haben mit Einsetzung des Tarifamtes eine Institution schaffen wollen, die auf tariflichem Gebiete eine ausgeübte Tätigkeit entwickeln soll. Diese Tätigkeit soll eine vermittelnde, eine vermittelnde und eine rechtsprechende sein.

I. „Vermittelnd“, als das Tarifamt unablässig bemüht sein soll, die den beiden Verbänden noch fernstehenden Prinzipale wie Arbeitnehmer zu sich heranzuziehen.

II. „Vermittelnd“, als es vorbeugend zur Beruhigung oder bei Ausbruch von Differenzen friedensstiftend eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen suchen soll.

III. „Rechtsprechend“, als es selbständig in prinzipiellen Fragen oder nach unentschiedenen Schiedsgerichten als oberste Berufungsinstanz zu entscheiden hat.

Hauptsächlich aber soll das Tarifamt der Sammelplatz sein für alle mit der Tariffache zusammenhängenden schriftlichen oder mündlichen Mitteilungen, von hier aus sind die Eingänge, sofern sie nicht direkt erledigt werden können, ungehäumt an die richtigen Instanzen weiter zu befördern, es soll der Zentralpunkt sein für alle die Tariffache betreffenden Angelegenheiten.

Alle von dem Tarifamt ausgehenden Schriftstücke sind von den beiden Vorsitzenden zu unterzeichnen, in Ausnahmefällen, das heißt nach be-

sonders wichtigen Verhandlungen und dergleichen, zeichnen die sämtlichen Mitglieder des Amtes.

Hieraus ist zu ersehen, daß der Gedanke einer einheitlich geregelten Tarifgemeinschaft für das ganze Reich endlich greifbare Gestalt angenommen hat.

Was unter einer von beiden Teilen ehrlich gemeinten Tarifgemeinschaft zu verstehen ist, braucht wohl nicht erst erläutert zu werden. Die Vorteile auf längere Zeit hinaus beiderseitig abgeschlossener Verträge bei Regelung, Anerkennung, Ein- und Durchführung der Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen jedem denkenden Menschen ohne weiteres klar sein.

Wenn nun der Segen einer allgemeinen Tarifgemeinschaft allen Angehörigen unseres Berufs zugute kommen soll, so ist es in erster Linie notwendig das Tarifamt in seiner unter I gedachten Tätigkeit dadurch tatkräftig zu unterstützen, daß alle Buchbindereiarbeiter und Arbeiterinnen der Organisation, das heißt dem Deutschen Buchbinderverbande zuzuführen versucht wird. Um diesem Ziele so nahe wie möglich zu kommen, darf kein Mittel unversucht bleiben und haben alle unsere Kollegen und Kolleginnen ihr möglichstes durch tätige unermüdete Mithilfe hierzu bei zutragen.

Das Tarifamt hat im weiteren die Aufgabe, den bereits bestehenden Tarif in allen seinen Teilen (Altkord- sowie Stunden- respektive Wochenlöhne, Arbeitszeit, gleichmäßige Zuschläge für Überstunden, Beurlaubungsstala usw. usw.) zur Ein- und Durchführung in ganzen Reich zu bringen zu suchen. Zur Erreichung dieses Zweckes ist es notwendig, daß bei allen künftigen Forderungen respektive Lohnbewegungen überall der bestehende Tarif den Verhandlungen als Grundlage dient. Eine solche Einheitlichkeit liegt nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern wir sind dazu auch den jetzt schon als tarifreu zu bezeichnenden Prinzipalen gegenüber moralisch verpflichtet.

Wir sind auf Grund der vorhandenen Statistiken zu der Überzeugung gelangt, daß in Anbetracht der stetig steigenden Anforderungen in bezug auf Lebensmittel, Steuern, Mieten usw. ein Stundenlohn von 40 Pf. als Grundnorm nicht zu hoch gegriffen ist; die einzelnen Orte haben dann den daselbst vorhandenen eventuellen Luerungsverhältnissen entsprechende Totalzuschläge beim Tarifamt zu beantragen, wie es bei den Buchdruckern ebenfalls schon lange gehandhabt wird.

Wochenlöhne sind derart zu normieren, daß nach Umrechnung in durchschnittlich zu leistende Arbeitsstunden mindestens der festgesetzte Minimalstundenlohn erreicht wird.

Bei Akkordarbeit ist der Akkordtarif ohne jeden Abzug bezahlt zu verlangen. Für Akkordarbeiten, die im Tarif nicht vorgesehen sind, ist zwischen Prinzipal und Arbeitnehmer auf Grund längerer Erfahrungen ein Akkordlohnfuß anzustellen und dem Tarifamt zur Einsichtnahme, Begutachtung und Festsetzung zu unterbreiten. Diese Ergänzungen sind dem Tarif als Nachtrag anzufügen.

Das ist im allgemeinen das, was jeder von der Tätigkeit und den ins Auge gefassten Kompetenzen des Tarifamtes wissen muß. Sache jedes einzelnen ist es nun, alle seine Kräfte dafür einzusetzen, daß zum Segen für den Beruf einheitlich geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse Platz greifen, und daß die alle Kreise unseres Berufs fortwährend erschütternden Beunruhigungen durch Lohn- usw. Bewegungen

nach Möglichkeit aus der Welt geschafft werden. Der Unterstützung des Tarifamtes bei solchem Vorgehen könnt ihr, soweit die Befugnisse desselben reichen, stets versichert sein.

Was zwischen den Vertretern beider Verbände zum Tarifamt (Verband deutscher Buchbinder- und Arbeitervereine) vereinbart ist, ist mit Einverständnis schon vorerwähnten Tätigkeitsgebietes des Tarifamtes folgendes:

Als Organe zur Festsetzung sowie zur Ein- und Durchführung des Tarifs sind zu errichten:

- a) Ein Tarifamt;
- b) Schiedsgerichte.

a) Das Tarifamt.

Das Tarifamt hat seinen Sitz in Leipzig und besteht aus drei Prinzipal- und drei Gehilfenvertretern, sowie je zwei Stellvertretern. Seine Doliegenheiten sind:

1. Die Vermittlung des Verkehrs der Tarifkontrahenten untereinander.
2. Urtätliche Beröchtlichung der den Tarif zahlenden Firmen.
3. Die Anordnung von Maßnahmen zur allgemeinen Anerkennung und Durchführung des Tarifs.
4. Die Vornahme eventuell sich notwendig machender statistischer Erhebungen über Lohn-, Arbeits- und Löhrlingsverhältnisse zwecks Einführung des Tarifs.
5. Die Vermittlung zwischen Prinzipalen und Arbeitern, nachdem die Tätigkeit der Tarifschiedsgerichte erfolglos war.
6. Allenmäßige Führung und Ordnung aller bei ihm eingehenden, den Tarif betreffenden Schriftstücke.
7. Schaffung und Fortführung eines Kommentars zum Tarif.
8. Die Errichtung von Schiedsgerichten und die Aufstellung einheitlicher Geschäftsordnungen für dieselben.
9. Entgegennahme etwaiger Änderungsanträge zum Tarif und Erledigung aller den Tarif betreffenden Angelegenheiten.
10. Die gesamten Kosten für das Tarifamt tragen zu gleichen Teilen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

b) Schiedsgerichte.

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Tarifs, sowie Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind zunächst einer aus drei Prinzipalen und drei Gehilfen, sowie je zwei Stellvertretern zusammengesetzten Kommission vorzulegen, die innerhalb drei Tagen entscheidet (Tarifschiedsgericht). Zu diesem Zwecke muß an jedem Orte ein Tarifschiedsgericht gebildet werden. Ist eine Einigung vor dem Schiedsgericht nicht erzielt, so hat das Tarifamt als oberste Berufungsinstanz in Tätigkeit zu treten. Mitglieder von Schiedsgerichten können nicht gleichzeitig dem Tarifamt angehören. Alle der Tarifgemeinschaft Angehörigen sind verpflichtet, in allen für die Schiedsgerichte zuständigen Klagefällen die tariflichen Instanzen anzurufen, und sind deren Entscheidungen unbedingt verbindlich. Die Vorsitzenden des Schiedsgerichtes sowie die Parteien sind berechtigt, den Entscheidungen des Tarifamtes mit beratender Stimme beizuwohnen, haben aber kein Stimmrecht.

Geschäftsordnung des Tarifamtes.

1. Die Führung der Geschäfte des Tarifamtes und die Leitung der Verhandlungen in den Sitzungen desselben geschieht durch den Prinzipals- und Gehilfen vorstehenden.

2. Der Vorsitzende leitet die Sitzung nach Maßgabe der für jede Sitzung aufzustellenden Tagesordnung. Die Tagesordnung wird den Mitgliedern des Tarifausschusses zugleich mit der Einladung zu der betreffenden Sitzung bekannt gegeben. Der Vorsitzende führt eine Rednerliste und erteilt das Wort in der Reihenfolge der Anmeldung. Nach angenommenem Schluß der Debatte ist das Wort nur noch den Antragstellern zu erteilen.

3. Zur Beschlußfähigkeit des Tarifamtes haben von jeder Partei mindestens zwei Mitglieder anwesend zu sein. Bei Abstimmungen ist die Vertretung beider Parteien nur in gleicher Anzahl statthaft.

4. Ist ein Mitglied des Tarifamtes verhindert an einer Sitzung teilzunehmen, so ist dem Geschäftsführer des Tarifamtes rechtzeitig Mitteilung zu machen, welcher dann sofort einen Stellvertreter zu berufen hat.

Die Sitzungen des Tarifamtes werden von den Vorsitzenden nach Bedürfnis oder auf Antrag von mindestens zwei Mitgliedern des Tarifamtes einberufen; in dringenden Fällen innerhalb 24 Stunden.

5. Das Tarifamt ist zuständig für alle den Tarif und die Tarifgemeinschaft betreffenden Angelegenheiten. Die Entscheidungen des Tarifamtes sind endgültig. Die Vorsitzenden sind berechtigt, geringfügige Fälle selbständig gemeinsam zu erledigen. Hierbei ist jedoch völlige Übereinstimmung beider Vorsitzenden erforderlich.

Der nächsten Sitzung des Tarifamtes ist zwecks Kenntnissnahme und Protokollierung hierüber Mitteilung zu machen.

6. Die Abstimmung erfolgt seitens der stimmberechtigten Mitglieder durch Handaufheben. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

7. Die Entscheidungen in Berufungssachen des Schiedsgerichts sind den Parteien nebst Begründung innerhalb drei Tagen schriftlich mitzuteilen.

8. In jeder Sitzung ist über die gestellten Anträge, sowie über die gefaßten Beschlüsse und deren Begründung und über die Abstimmung Protokoll zu führen, dasselbe ist jedesmal von den beiden Vorsitzenden zu unterzeichnen.

Die Arbeitnehmervertreter
des Tarifamtes der Buchbinder.
Leipzig.

Über den Stand der Lohnbewegung in Hamburg

wird berichtet:

Von den bisher angegebenen Firmen scheiden einige größere aus, weil nachträglich Differenzen entstanden sind, die noch schweben und daher zurzeit nicht als voll bewilligt gelten können. Nach diesem Abzug haben bis jetzt unsere Forderungen bewilligt 72 Firmen mit 168 Gehilfen und 212 Arbeiterinnen.

Zu Ausstand befinden sich aus 9 Firmen 20 Gehilfen und 22 Arbeiterinnen. Bei mehreren Firmen war es zu kurzen Ausständen gekommen, die teils nur Stunden, teils wenige Tage andauerten. Bei anderen war es kurz nach der Kündigung und als die Kommission vorsprach zur Einigung gekommen. Abgereist sind etwa 8 Kollegen und arbeitslos am Orte 21.

Ist demnach der Stand des Ausstandes auch als ein günstiger zu bezeichnen, so werden andererseits der Lohnkommission große Schwierigkeiten bereitet. Die Junung hatte den Beschluß ihrer letzten Versammlung mitgeteilt, wonach im großen ganzen der Tarif von 1900 jetzt, die Arbeitszeit jedoch erst ab 1. Juli 1904 eingeführt werden sollte. Da unsere öffentliche Versammlung dieses Angebot, weil ungenügend, nicht akzeptierte, so soll nach Zeitungs-meldungen die Junung den Beschluß gefaßt haben, dies Angebot wieder zurückzuziehen und es den Meistern zu überlassen, sich mit ihrem Personal direkt zu verständigen. Damit hätte die Junung nur den Beweis erbracht, daß es ihr überhaupt nicht ehlich um eine friedliche Verständigung zu tun ist.

Über einige größere Werkstätten schweben zurzeit Differenzen, die, wenn sie nicht in Güte beigelegt

werden können, voraussichtlich die Zahl der Ausständigen sehr vermehren dürften.

Wir hoffen aber, daß es uns gelingt, größere Konflikte zu vermeiden und damit die Bewegung in der Hauptsache vor Weihnachten abzuschließen.

Bei einem sehr erheblichen Teil von Gehilfen und einem geringeren Teil der Arbeiterinnen sind die Löhne und die Arbeitszeit unserer jetzigen Forderungen entsprechend, trotzdem können die in Frage kommenden Firmen nicht als bewilligt gelten, da es an einem oder dem anderen noch mangelt und wir bestrebt sind, nur Firmen als bewilligt zu betrachten, wo zu Ausstellungen kein Anlaß vorliegt.

Gewerkschaftliche Anschau.

Die letzten Wochen brachten eine ganze Reihe von sozialpolitischen Tagungen. Auf dem Verbandstag der Ortskrankenkassen, welcher mehr denn eine Million Versicherte vertrat, kam es zu interessanten Auseinandersetzungen zwischen der Leipziger Zentrale und den Berliner Kassen, welche sich zu einem Ringen zwischen sozialem Fortschritt und althergebrachtem Bürokratismus gestalteten und zur Amtsniederlegung des Vorstandes der geschäftsführenden Leipziger Kasse führten. Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde nach einem eingehenden Referat unter Vorbehalt späterer Entschlüsse vorläufig beschlossen, daß der Zentralverband an maßgebender Stelle die Entbindung der Rassenärzte von der Wahrung des Berufsgeheimnisses den Kassen gegenüber erwirken soll. Dagegen sollen die auf Verlegung des Berufsgeheimnisses gesetzten Strafbestimmungen im Interesse der Patienten auf die Kassen übertragen werden. Ein Referat über die Aufgaben der Krankenkassen in Vergan-genheit, Gegenwart und Zukunft gipfelte in Zeitsätzen, welche die Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen, sowie die Förderung aller Bestrebungen auf dem Gebiet der Volksgesundheitspflege, namentlich derjenigen, welche auf Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Klassen gerichtet sind, verlangten. Wohlwund wirkte, daß aus diesen Theorien auch sofort die zeitgemäßen Schlussfolgerungen gezogen wurden, indem die Versammelten den um den Zehnhunderttag kämpfenden Textilarbeitern in Grimmitzschau ihre Sympathie erklärten, ferner wurde beschlossen, daß Kassenaufträge nur an tariffreie Druckereien vergeben werden dürfen. Auf einer sich an den Verbandstag anschließenden Konferenz wurde die Zentralisierung aller Zentralkommissionen beschlossen und damit ein bedeutsamer Schritt zur Vervollkommnung der Kassenreform getan. — In Offenbach ist vor kurzem die erste kommunale Apotheke Deutschlands eröffnet worden, damit hat eine kleine Gemeinde eines winzigen Bundesstaates eine Aufgabe in Angriff genommen, vor der das Reich vorläufig noch in heiliger Scheu vor dem Monopol der Apotheker zurückschreckt. In Wilmungen soll eine neue Heilstätte für Blasen- und Nierenleidende aus privaten Mitteln errichtet werden, dies ist insofern interessant, als damit ein neues Gebiet der Heilstättenreform betreten ist. Das städtische Gesundheitsamt in München hat die Anstellung eines Amtsarztes beschlossen, welcher in erster Linie die Schularztfrage zu einer befriedigenden Lösung bringen soll. Daß den Stadtverwaltungen zur Hebung der Volksgesundheitspflege auch auf indirektem Wege außerordentlich viel zu leisten übrig bleibt, hat wiederum die Zusammenkunft des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege mit Nachdruck betont, indem sie im allgemeinen erklärte, daß es hauptsächlich gelte, die Krankheitsgefahren durch Sanierung der Wohnungsverhältnisse abzuwehren und im einzelnen auf die hygienische Bedeutung der Bauordnungen hinzuwirken. Vor allem muß aber der Befähigung der Berufsfrankheiten von seiten der staatlichen und gemeinlichen Behörden, sowie der Krankenkassen die größte Aufmerksamkeit zugewandt werden. Die Meldungen von neu entdeckten Berufsfrankheiten mehrten sich in erschreckend schnellem Tempo. In der Kaiserlich-Ludwigsbrücke tritt neuerdings eine häßliche Hautkrankheit auf bei der Bearbeitung künstlicher Felle sowie bei der Herstellung von Filzhüten, und bei dem Schleifen des Porzellans wurden in der letzten Zeit bedeutliche Erkrankungen der Fingernägel beobachtet und auch bei den mit der Behandlung des Petroleum beschäftigten Arbeitern kommen Haut- und Augenkrankheiten, sowie sogar Vergiftungen vor, die der aufmerksamsten Beachtung wert sind. Trotzdem ist in den bisher erschienenen Gewerbeinspektionsberichten noch keine Mitteilung über derartige Erkrankungen zu finden. Dies liegt wohl nicht nur an der Mangelhaftigkeit der Inspektion, sondern auch daran, daß die Krankenkassen ihre hohe Aufgabe bei der Mitwirkung an Arbeiterschutz und bei der Krankheitsbekämpfung noch nicht in vollem Maße erfüllt haben. Sehr zu begrüßen ist ein Zirkular der Düsseldorf Handelskammer, welches von den Krankenkassen genaue Angaben über Zahl und Art der Meierkrankungen verlangt. Öffentlich wird man aber nicht bei den statistischen Erhebungen stehen bleiben,

will sich doch sogar das sicher nicht allzu fortschrittliche Dresdener Stadtparlament zu einer Polizeiverordnung aufschwinger, welche den Malern zum Schutze gegen die Bleikrankheit wenigstens Gegebenheit zur gründlichen Reinigung nach der Arbeit bieten soll. Eine der gefährlichsten Berufsfrankheiten ist aber unstreitig die Wurmkrankheit der Bergarbeiter, welche längst ihren Weg aus dem Ruhrgebiet nach Sachsen gefunden hat und sich bereits über die Berufsgruppe hinaus auf die Ziegeleiarbeiter erstreckt. Ja bis in die Kaserne hinein ist die verheerende Krankheit schon geschlichen, eine ernste Mahnung, daß derartige Seuchen, wenn sie vernachlässigt werden, nicht bloß den von ihnen niedergeworfenen Einzelpersonen, sondern dem ganzen Staatsorganismus gefährlich werden können. Mit Genug-tuung sei übrigens registriert, daß der allgemeine Knappschäfersverein zu Bochum seinen wurmkranken Mitgliedern, welche im Krankenhaus untergebracht sind, das halbe Krankengeld schon vom ersten Tage ab als Familienunterstützung gewährt und das wiederholt Erkrankte unter Wegfall der Karenztage sofort unterstützt werden. Unsere Kassen haben also alle Hände voll zu tun, wollen sie nur ihren nächstliegenden Aufgaben gerecht werden. Angesichts dieser Tatsache ist es doppelt bedauerlich, daß sie vielfach ihre Kräfte in unproduktiven Kämpfen mit den Ärzten verschenden müssen, die doch, einiges Entgegenkommen und ein starkes Pflichtbewußtsein auf beiden Seiten vorausgesetzt, ohne all die häßlichen und gefährlichen Konflikte erleben würden könnten. Wir erfahren, daß an mehr denn 28 Orten Verzehtreits ausgebrochen sind und vergegenwärtigt man sich, daß nach Angabe des Geschäftsberichtes des Verbandes der Ärzte Deutschlands schon mindestens 40 Prozent der Berufsangehörigen organisiert sind, so stehen entweder noch zahllose weitere Zusammenschlüsse in Aussicht oder es muß ein Weg zu dauernden friedlichen Vereinbarungen gesucht und gefunden werden.

Der Verband der Gewerbe gerichte, welcher nunmehr 213 von über 400 Gewerbe gerichten als Mitglieder zählt, hielt seine Jahreszusammenkunft ab. Das uns am meisten interessierende Verhandlungsthema war die Stellungnahme zum Proportionalwahlsystem. Von den Vertretern der Gewerkschaften wurde sowohl auf einer vorbereitenden Konferenz der Arbeitnehmerbeiziger als auch auf dem Verbandstag der unseres Erachtens so engherzige Standpunkt vertreten, daß die Verhältnismahlen entweder allgemein oder gar nicht eingeführt werden sollten, da sonst die rabiaten Arbeitergruppen bei den noch herrschenden Feindseligkeiten der Verwaltungskörperschaften immer die Benachteiligten sein würden. Wer es mit dem Proporz ernst nimmt, müßte wissen, daß die meisten derartigen sozialen Verfassungsreformen ihren Weg über die kommunale zur reichsgesellschaftlichen Einführung nehmen, und jeder aufrichtige Demokrat muß auch eine vorübergehende Einschränkung der Macht seiner Interessengruppe dem Siege demokratischer Prinzipien, zu denen unstreitig auch die Verhältnismahl gehört, gern opfern. Unterbrecht hat sich in Osnabrück die erste Wahl mit dem dort neu eingeführten Proporz vollzogen und die freien Gewerkschaften sind in der Mehrheit geblieben. Allerdings wurde ihnen eine anders organisierte Minderheit zur Seite gestellt, deren Wirken jedenfalls einen anseuernden Einfluß haben und eine heilsame Kontrolle über die Tätigkeit der bisher allein herrschenden Partei ausüben wird. Auch in Posen soll, wie wir erfahren, die Proportionalwahl geplant sein. Eine lebhafteste Debatte rief die Frage der Angliederung der kaufmännischen Schiedsgerichte an die Gewerbe gerichte hervor, obgleich sich die meisten Gewerbe gerichte und fast alle Arbeiterorganisationen schon früher für dieselbe erklärt hatten. Auch über den Anschluß der Arbeitsnachweise und Auskunftsstellen an die Gewerbe gerichte waren die Meinungen sehr geteilt. Von großer Bedeutung scheint uns die von dem Verbandstag an alle Gewerbe gerichte ergebende Aufforderung zu sein, der Zentrale sämtliche Tarifverträge zu übermitteln. Vielleicht bahnt sich hiermit ein Versuch an, die korporativen Arbeitsverträge zur Grundlage der gewerbe gerichtlichen Behandlung der individuellen Vereinbarungen zu machen. Mehr und mehr müssen ja jetzt schon die Gewerbe gerichte an der Tarifbewegung aktiven Anteil nehmen, teils als Vermittler, teils als Kommentatoren. So haben zum Beispiel die Töpfer in München das Gewerbe gericht und dessen Einigungsamt zum Schiedsrichter über Differenzen in der Auslegung tariflicher Akkordpositionen gemacht, und in Schwerin hat das Einigungsamt des Gewerbe gerichts den Tarifbruch eines Bauunternehmers dadurch geföhnt, daß es den Arbeitgeber zum Nachzahlen der Vertragslöhne an die Arbeiterorganisation verurteilte. In diesem Entschied ist übrigens auch eine uneingeschränkte Anerkennung, ja die Voraussetzung der Rechte der juristischen Person der Berufsvereine zu begrüßen. In Bremerhaven hat sich das Gewerbe gericht in nachahmenswerter Klarheit zum Um-walt der Koalitionsrechte der Arbeiter gemacht. Die Junung erklärt die das Koalitionsrecht ausschließenden Arbeitsverträge für ungültig. Klein Wumber, daß das immer wachsende Verständnis für die hohen und mannigfaltigen Aufgaben der Gewerbe gerichte den Unwillen

der „Arbeitszeitgesetz“ erregt und daß sie in bekannter Kritiklosigkeit die Gewerbederichte als „Fiskalen der sozialdemokratischen Gewerkschaften“ und als unter „dem Einfluß der Unsturzpartei stehende“ Körperschaften denunziert.

Einem mit der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung immer unlösbarer werdenden Problem trat der deutsche Handwerks- und Gewerbetag näher, indem er eine klare Abgrenzung der Begriffe Handwerks- und Fabrikbetrieb auf zutreffende Stelle fordern will. Für uns ist diese Frage insofern wichtig, als vielfach die Arbeitgeber den Bestimmungen des Arbeiterschutzes dadurch entgehen wollen, daß sie ihren Betrieben den Stempel des Handwerks ausdrücken. In einer Resolution wurde sodann die Versicherung der Handwerker verlangt, und schließlich fand die sehr zeitgemäße Forderung auf Einführung des obligatorischen dreijährigen Fortbildungsschulunterrichts die Genehmigung der Versammlung.

Die Verhandlungen der ständigen Kommission für gesetzlichen Arbeiterschutz der internationalen Vereinigung haben sich der Beobachtung der Öffentlichkeit entzogen und, so wollen wir hoffen, um so ungehörtere und gründlichere Arbeit verrichtet. Für uns ist bedenklich, daß die deutsche Regierung von der Sendung eines Vertreters absah, obgleich Fragen auf der Tagesordnung standen, welche unsere Sozialreform ebenfalls in der nächsten Zeit beschäftigen müssen. Zur Verständigung über ein internationales Verbot der Nachtarbeit der Frauen und über die Abschaffung der Verarbeitung des weißen Phosphors in allen Kulturstaaten soll der schweizerische Bundesrat eine internationale Konferenz einberufen. Ueber die Heimarbeit und speziell den geschlechtlichen Schutz der Hausgewerbetreibenden sowie über die durch Verwendung des Bleiweiß verursachten Erkrankungsgefahren sollen in den einzelnen Staaten Enquêtes vorgenommen werden, welche Material zu einem reformatorischen Eingreifen der Gesetzgebung liefern werden. Das Bleiweißverbot soll an Hand der Berichte der Vertreter der einzelnen Staaten die nächste Tagung noch eingehender beschäftigen. Hoffen wir, daß bis dahin von Deutschland noch einiges Nachahmenswerte zu melden sein wird. Die Verhandlungen über die Nachtarbeit der Frauen werden wohl im Kreise unserer Leser die Erinnerung an die Bestrebungen des Verbandes der Buchbinder auf Einreichung unseres Gewerbes in die Saisonarbeitenden Berufe wieder wachgerufen haben. Laßnächlich scheint es sich auch bei unseren Prinzipalen nicht nur um reaktionäre Kongreßdeklarationsbeschlüsse, sondern um ernsthafte Absichten zu handeln, wie die von uns mitgeteilte Erklärung der Dresdener Gewerbetammer zeigt. So droht auch uns eine Verlängerung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit, während überall für die Verkürzung der Arbeitszeit gewirkt wird. Die Zusammenstellungen der preussischen Gewerbeinspektoren haben ergeben, daß in 70,9 Prozent aller Betriebe 61,3 Prozent aller Arbeiterinnen unter zehn Stunden beschäftigt werden. Weit über diesem Durchschnitt stehen allerdings die Textilarbeiter. Einer Enquete des Verbandes zufolge, welche eine Rechtfertigung des Zehnstundenkampfes in Grimmschau sein soll, sind dort nur 31,1 Prozent aller Arbeiterinnen in 48 Prozent aller Betriebe unter zehn Stunden tätig.

Recht interessante Erhebungen über die Arbeitszeit der im Buchhandel angestellten Hilfsarbeiter hat die Filiale Leipzig des Transportarbeiterverbandes aufgenommen. Ihr zufolge arbeitet mehr als der dritte Teil unter zwölf und der Rest über zwölf Stunden. Diese Angaben gewinnen an Bedeutung, wenn wir erfahren, daß die Handelskammer Leipzig auf die Fragen des Reichsstatistischen Amtes die Arbeitszeit auf acht bis zehn Stunden angab und sich entschließen gegen eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung erklärte. Diese ausgebeuteten Arbeiter sind übrigens eifrig um die Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Wege der Selbsthilfe bemüht, so ist in Nürnberg eine große Aktion zugunsten des 6 Uhr-Votums eingeleitet. Auch die Kundgebungen für den 8 Uhr-Votums aus Arbeiterkreisen nehmen ständig zu und vor kurzem schloß sich ihnen auch die Berliner Gewerkschaftskommission an. Uns spricht ein Korrespondent des Kon-

sumvereinsorgans, „Wochenbericht“, aus der Seele, indem er tadelt, daß dort die organisierten Arbeiter nicht auf die Unterstützung der Konsumgenossenschaften hingewiesen worden seien, obgleich diese schon seit langem den 8 Uhr-Votums eingeleitet haben und obgleich doch gerade durch einschleuderte Begünstigung derartig fortgeschrittener Betriebe der nachhaltige Druck auf die Kaufmannschaft ausgeübt werden könnte.

Wenn wir erst jetzt zum Schluß unserer diesmal notgedrungen so weitläufigen sozialpolitischen Betrachtungen auf die Tagung der Gesellschaft für Sozialreform zu sprechen kommen, so soll damit weder eine Unterschätzung dieser so nützlich wirkenden Körperschaft noch eine Verkenning der wissenschaftlichen Bedeutung der in Hamburg gepflogenen Debatten ausgedrückt sein. Jedoch derartige Zusammenkünfte, deren Wert in erster Linie in der Fülle des zusammengetragenen Materials zu suchen ist und welche vorwiegend der Klärung sozialer und volkswirtschaftlicher Streitfragen dienen, lassen sich nicht ohne brutale Vergewaltigung der Debatten kurz wiedergeben, geschweige denn kritisch betrachten. Wir begnügen uns mit der Mitteilung, daß der Hauptgegenstand der Verhandlungen eine Auseinandersetzung über die Ursachen der wirtschaftlichen Krisen war und daß die Lage der Arbeiter in der Seefahrt durch ein instruktives Referat und eine interessante, aber, wie es scheint, nicht immer auf der Höhe stehende Diskussion beleuchtet wurde. Jedenfalls hat auch diese Zusammenkunft der bürgerlichen Sozialpolitiker uns wieder davon überzeugt, wie wohl die Arbeiterorganisationen daran lägen, wenn sie in Zukunft an den Arbeiten der Gesellschaft für Sozialreform aktiven Anteil nehmen würden, einerseits um zu lernen, was dort von der Wissenschaft geboten wird, andererseits um ihre praktischen Erfahrungen dem Wirken der Theoretiker zugrunde zu legen.

Vielleicht veranlassen die unverfehlbaren Fortschritte, welche die Tarifbewegung in Deutschland macht, die Sozialpolitiker unseres Landes, ihre Aufmerksamkeit auch diesem Gebiet der Arbeiterfrage zuzuwenden; gibt es doch auch hier eine ganze Reihe von Problemen — wir erwähnen nur die Rechtsstellung des korporativen Arbeitsvertrags —, welche der Lösung von berufenen Theoretikern und vor allem von erfahrenen Praktikern bedürfen. Trotz des Absterbens der Baukonjunktur ist der Rückgang der Tarifabschlüsse noch kaum merklich zu beobachten. Die Gesamtzahl der neuen Verträge beträgt 35, darunter fallen 16 auf die Baubetriebe, 8 auf das Brauergewerbe, 2 kommen den Böttchern zugute, 3 betreffen das Transportgewerbe und je einer fällt auf die Lederarbeiter, Kürschner, Graveure, Steinarbeiter, Kartonnagearbeiter (Hannover) und Buchdrucker. Letzgenannter Beruf ist mit einem nationalen Tarif bedacht worden, welcher außer einem Minimallohn von 24 M. und einer achteinhalbständigen Arbeitszeit auch noch die Einführung einer Lehrlingskala bringt, welche auf je fünf Hilfen einen Lehrling zuläßt. Es sei übrigens auch nicht unerwähnt, daß sich unter den baugewerblichen Korporativverträgen ein Tarifmonstrum befindet, ein Vertrag, dessen Zweck die Vernichtung der Zentralverbände und dessen Arbeiterfontanell eine von den Unternehmern gegründete Gewerkschaft nach Pirnascher Muster ist. Die Zentralleitung der deutschen Gewerksvereine erinnert sich jetzt plötzlich des in der Theorie immer hochgehaltenen, aber praktisch so sehr vernachlässigten Programmpunktes, der Erringung von Tarifverträgen. „Im Hinblick auf die jüngste Entwicklung der Arbeiterfrage“ hat der Zentralrat diesbezügliche Leitfäden erlassen. Diese Entwicklung der Arbeiterfrage ist wohl gemerkt nicht etwa eine unabwehrbare Tendenz zum Guten, sondern sie ist lediglich dem tatkräftigen Eingreifen unserer Arbeiterorganisationen in das gewerbliche Leben zu verdanken, und sie hätte durch die Gewerksvereine bereits seit langer Zeit mehr gefördert werden können. Die Verbände der Hafenarbeiter und Zimmerleute haben eine Zusammenstellung der ihnen zur Kenntnis gekommenen Tarifverträge in ihren Gewerben veröffentlicht, welche wohl agitatorischer wirken dürfte, als sämtliche Leitfäden aller Gewerkschaftszentralen. Wie feinerzeit bei den Hefenlegern, so macht sich jetzt bei den Konditoren der Nachteil der

Organisationszerpflitterung bei der Tarifbewegung unangenehm fühlbar. Die Hamburger Konditoren stehen mitten im Tarifkampf, und eine Sonderorganisation reicht, anflakt sich an der Bewegung mit paritätischen Nechten zu beteiligen, einen eigenen Vertragsentwurf ein. Demgegenüber verdient das Vorgehen der Bureauangestellten die größte Anerkennung. Sie wollen ihre 1896 geschickerte Tarifbewegung wieder aufnehmen und haben sich zu diesem Zwecke mit sämtlichen im Beruf tätigen Organisationen zu gemeinsamem Schaffen zusammengelassen. Eine paritätische Kommission ist bereits an der Arbeit der Festsetzung und Bestimmung der Forderungen.

Wie notwendig auch in unserem anscheinend zu den bevorzugten Gewerben gehörenden Berufe eine allgemeine Tarifgemeinschaft sein würde, die auch für die kleineren Orte die Löhne auf ein menschenwürdiges Niveau heben würde, beweist ein krasser Fall aus Ratingen bei Düsseldorf. Dort wollte ein Dütenfabrikant zwei seiner Arbeiterinnen wegen kontraktbrüchiger Arbeitsüberlegung verklagen, doch stellte sich bei der Verhandlung heraus, daß die Mädchen innerhalb 14 Tagen nur je 6 M. verdient hatten. Als darauf der Arbeitgeber dem Rate des Gerichtsvorstehenden auf Zurückziehung der Klage nicht Folge gab, wurde er abgewiesen, da solche Lohnsätze die Weiterexistenz der Arbeiter unmöglich mache und daher zur sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses berechtigen. Der gedemütigte Pringal hatte zu der Schande noch den Spott, denn er wurde verurteilt, einer der Arbeiterinnen wegen Vorenthaltung der Papiere 12 M. zu bezahlen. Wie weit unsere Kollegen auch im Ausland noch hinter ihren graphischen Berufsverwandten zurückstehen, zeigen uns wieder einige Notizen aus Oesterreich. Während aus Budapest und Szegedin von glänzenden Tarifserfolgen der Buchdrucker berichtet wird, während sich sogar die Druckereibesitzer in Petersburg der Macht der Gehilfenorganisation beugen und, durch den Streik in Moskau gewarnt, freiwillige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen vorgenommen haben, hören wir, daß die Buchbinder in Krakau bei vierzehn, ja in der Saison sogar zwanzigstündiger Arbeitszeit und erbärmlichen Kost- und Logisverhältnissen jährlich nur 160 bis 200 Kronen, oft sogar nur 80 Kronen verdienen. Diese haarsträubenden Zustände dürften unsere Kollegen aber keinen Moment in die törichte Illusion versetzen, daß sich im fortschrittlicheren Deutschland die Lohnbedingungen ganz von selber verbessern. Hat doch das Verhalten der Firma Auer & Co., Druckerei und Verlag des „Hamburger Echo“, zu den Tarifforderungen der Buchbinder einmal wieder nachdrücklich bewiesen, daß auch die erprobteste Gesinnung in doktrinären und politischen Fragen nicht vor Rückständigkeit auf wirtschaftlich-sozialem Gebiete schützt. Zur Bekämpfung des Absolutismus rot- und andersgefärbter Unternehmer brauchen wir allerdings nicht die Feinerzeit von der „Arbeitszeit-Zeitung“ gelegentlich des Scherkskonflikts im „Vorwärts“ den Buchdruckern angebotene Unterstützung der Reaktionen, aber was wir dazu nötig haben, das ist die Ueberwindung der Reaktion in den Reihen der Berufsgenossen, die Einigung und organisatorische Stärkung der Kollegenschaft. Wir konstatieren daher mit Genugtuung, daß Dank der Neutralität des Verbandes in Essen die Gründung eines christlichen Gewerksvereins der graphischen Berufe geschickter ist und hoffen, daß bald auch die dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein angehörenden Buchbinder trotz der ominösen Beitrags-erhöhung in ihrem Verein von wöchentlich 12 auf ganze 16 Pfennig bald den Weg in den Verband finden werden. Dorthin gehören auch die hilflos herumirrenden Portefeuliers, welche durch unsere Mundhaltenol's beleidigt, erklären, daß sie als die Klügeren schweigen werden. Am besten wäre es, wenn diesen Kollegen die Klugheit geböte, nicht bloß vom Kampfe gegen uns, sondern auch von der Existenz ihrer machtlosen Sonderorganisation zu schweigen.

Neben der numerischen Stärke unseres Verbandes geht eine verwaltschaftliche einher, die sich unter anderem in dem Verlangen nach Anstellung besoldeter Gauleiter bekundet; jedenfalls gehen wir einer Epoche unseres Verbandslebens entgegen, welche neue und vielseitige Aufgaben mit sich bringen wird und daher eine

Gewerbe	Arbeitgebernachweise						Arbeitnehmernachweise						Paritätische Nachweise						Zusammen						
	Arbeitslose		Diff. Stellen		Bes. Stellen		Arbeitslose		Diff. Stellen		Bes. Stellen		Arbeitslose		Diff. Stellen		Bes. Stellen		Arbeitslose		Diff. Stellen		Bes. Stellen		
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.			
Buchbinderei	338	—	74	—	65	—	87	18	26	24	23	17	261	169	148	352	104	153	686	186	248	376	192	170	
Buchdruckerei	977	164	445	54	445	54	—	—	—	—	—	—	1756	55	226	13	253	30	2733	219	671	67	698	91	
Buchdrucker-Hilfsarbeiter	—	—	—	—	—	—	95	102	93	175	93	155	—	—	—	—	—	—	95	162	93	175	93	155	
Graveure und Ziseleure	—	—	—	—	—	—	56	—	17	—	17	—	—	—	—	—	—	—	56	—	17	—	17	—	
Lithographen und Stein drucker	—	—	—	—	—	—	351	—	180	—	114	—	—	—	—	—	—	—	351	—	180	—	114	—	
Photographen	—	—	—	—	—	—	53	3	44	1	32	1	—	—	—	—	—	—	53	3	44	1	32	1	
Xylographen	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	
Summa	1315	164	519	54	510	54	644	183	310	200	279	173	2017	223	374	365	357	180	3976	570	1203	619	1146	417	
																				4546		1822		1563	

wohlvorbereitete Organisation erfordert, gewährt doch die Arbeitsmarktstatistik diesmal eine unstrittig günstige Perspektive auf Hebung der Konjunktur.

Der Prozentsatz der besetzten Stellen zu der Zahl der gemeldeten Arbeitslosen ist von 27,2 im Vormonat auf 34,3 gestiegen. Doch lassen wir die Tabelle (auf Seite 371) selbst berichten.

Außer dem Weberaustand in Grimnitzschau und der Metallarbeiteraussperrung in Berlin lenkte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den Streik der Adressenschreiber in Berlin. Der Brauch, Nekamen unter Kuvert direkt an Privatpersonen zu schicken, hat seit Jahren so zugenommen, daß, um diesen Bedarf zu decken, sich Adressengeschäfte bildeten, die die Zusammenstellung von Adressen geschäftlich betreiben und zu diese Zwecke Schreibstuben errichtet haben, in denen bis 150 Schreiber beschäftigt werden. Meist im wirtschaftlichen Leben Schiffbruchgelittene versuchen hier vorübergehend oder auch ständig sich durch den überaus kärglichen Verdienst vor der äußersten Not zu retten. Dennoch wird diesen Ärmsten empfindliche Konkurrenz gemacht durch Personen, die sich durch das Adressenschreiben nur einen Nebenverdienst erwerben wollen. Für das Schreiben von 1000 Adressen sollen 2 bis 3 Mk., in besonderen Fällen und bei besonders schöner Handschrift bis 5 Mk. gezahlt werden, wodurch es schließlich wird, daß mancher Schreiber nur 6 Mk. wöchentlich verdient. Der durch den Streik erzielten kleinen Aufbesserung waren daher diese schlechtentlohnenden recht bedürftig.

Unerwähnt mag die neueste Leistung des Redaktionsstabes der Kesslerschen „Einigkeit“ nicht bleiben. Die schwere Verurteilung des Breslauer Maurers, der anberthalb Jahre Gefängnis erhielt, weil er zwei unorganisierte Kollegen zum Eintritt in den Verband bewegen wollte, stellte die Einigkeit als warnendes Beispiel für alle jene Verbände hin, die Leute aus der Heeresfolge der Kessler und Genossen etwa für die Verdräb gewinnen wollen und riet ihren Mitgliedern, „wenn sie sich nicht noch anders helfen können“, durch Denunziation an den Staatsanwalt sich zu helfen. Vom „Vorwärts“ erhielten sie daraufhin eine empfindliche, wohlverdiente Abbitte und die Gewerkschaftspräsidenten tat ein Gleiches, was diese Wiederwärtler, die schon früher bei der Hamburger Alfordmaureraffäre Arm in Arm mit den Streikbrechern unser Jahrhundert in die Schranken forderten, nicht behindert, sich nach wie vor als die stärkste Säule der sozialdemokratischen Partei aufzuspielen. Cie.

Vierteljahresbericht vom Gau IX.

Dem auf dem Gantag geäußerten Wunsche nachzukommen, geben wir hiermit den Bericht für das dritte Quartal. Durch die Vorarbeiten zum Gantag, sowie durch diesen selbst hatte der Gauvorstand eine rege Tätigkeit zu verzeichnen. Da durch den Bericht vom Gantag in Nr. 39 und 41 schon die inneren Verhältnisse im Gau bekannt geworden sind, so wollen wir an dieser Stelle nur noch auf einiges eingehen. Der Mitgliederstand, soweit er sich bis jetzt übersehen läßt, ist derselbe geblieben (325 männliche, 24 weibliche). Leider müssen wir auch diesmal wieder Klage führen über mangelhafte Einfindung der Berichte von den Zahlstellen. Diefelbe gehen sehr nachlässig oder gar nicht ein. Zurzeit fehlen uns noch die Berichte von Apolda, Eisenberg, Gera und Saalfeld. Desgleichen müssen wir diesmal die späte Einfindung der Beiträge von Einzelmitgliedern monieren. Es ist unbedingt notwendig, daß die auswärtigen Kollegen ihre Mitgliederbeiträge bis spätestens einen Tag vor Quartalschluß an uns einsenden. Wir werden für die Folge die Restanten in der Zeitung bekannt geben. Auch müßten die Kollegen ihre An- und Abmeldung pünktlicher besorgen und nicht erst acht Wochen später oder gar nicht. Gerade dadurch könnte dem Gauvorstand viel Zeit, Ärger und unnötige Porto-kosten erspart werden. Leider scheinen einige Zahlstellen es überhaupt nicht mehr für nötig zu erachten an uns zu berichten. So ist uns zum Beispiel vollständig unbekannt, daß die Saalfelder Kollegen in einer Lohnbewegung stehen. Wohin ein derartiger Zustand führen soll, kann sich wohl jeder selbst ausmalen. Weiter ist ein Fall erwähnenswert, wo ein Kollege Robert Kummer aus Pöbmet es verstanden hat, durch Vertrüffungen und durch Vorlegen von Attesten usw. den Gauvorstand so ziemlich drei Quartale zu beschäftigen, um zuguterletzt doch als Restant gefristet zu werden.

Wir sind der Meinung, daß, wenn es sich jeder Kollege zur Pflicht machte, insbesondere die Herren Bevollmächtigten der Zahlstellen, für die Organisation zu werben und zu agitieren und sei es auch nur,

daß uns Adressen von nichtorganisierten Kollegen, oder bestehende Mißstände mitgeteilt werden, so wäre es möglich, auch etwas Ersprießliches zu erzielen. Wir hoffen, daß es nur dieser Anregung bedarf, um diese gerügten Mängel zu beseitigen. Wir sind aber auch der ewigen Kritik einzelner Personen überdrüssig, wenn uns kein Entgegenkommen in unserer Tätigkeit gezeigt wird. — Es ist für uns bedauerlich, daß durch Einsendung von Erklärungen und Berichtigungen und wieder Berichtigungen der Raum in unserer Zeitung verbraucht wird, der einer besseren Sache dienen könnte. Es ist hier wieder zu konstatieren, wie leicht eine derartige Sache provoziert werden kann. Die letzten Anpassungen auf die Berichterstattung vom Gantag werden die Schriftführer selbst erledigen und hoffen wir, daß damit diese Sache ihr Ende finde. — Im Arbeitsnachweis ist bis jetzt keine Veränderung eingetreten, die Zahlstellen schweigen sich noch immer mit Anmeldung von offenen Stellen aus, jedoch konnte sechs Kollegen Arbeit nachgewiesen werden, seit dem Gantage. In der Erwartung, daß wir für das vierte Quartal Günstigeres berichten können, lassen wir zum Schluß unsere Abrechnung folgen. — Der Gauvorstand beabsichtigt in dem laufenden Quartal eine außerordentliche Agitation zu entfalten. Diesbezüglich Wünsche bitten wir uns baldigst mitteilen zu wollen.

Die Verbandskasse erzielte an Einnahmen inklusive Bestand vom vorigen Quartal 180,96 Mk., an Ausgaben 30,94 Mk., an die Verbandskasse gesandt wurden 15 Mk., am Orte behalten 135,02 Mk. Den totalen Einnahmen aus den 20 Prozent der Beiträge von 30,94 Mk. stand eine Ausgabe von 27,86 Mk. gegenüber, bleibt Bestand 3,08 Mk. Am 17. Oktober wurden 120 Mk. an die Hauptkasse abgehandelt. Die Gantasse hatte Bestand 63,88 Mk., Neueinnahmen in laufendem Quartal 15,25 Mk., in Summa: 79,13 Mk., Ausgaben im dritten Quartal 18,56 Mk., bleibt ein Bestand von 60,57 Mk. Den Gaubeitrag noch nicht eingesandt haben die Zahlstellen Apolda, Saalfeld, Schleiz. Die Zahl der Einzelmitglieder ist am Schluß des dritten Quartals 35.

L. Jünemann.

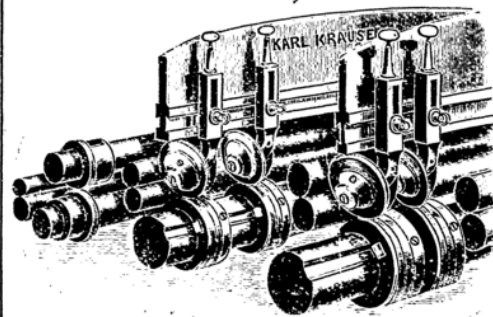
Maschinen zur Herstellung von Kartonnagen.

Die Kartonnagefabrikation erfordert, wenn der Betrieb nach den der Neuzeit entsprechenden Grundfäden eingerichtet ist, eine so große Anzahl von Spezialmaschinen, daß es unmöglich ist, alle einer kurzen Besprechung zu unterziehen. Wir beschränken uns deshalb darauf, einige der hauptsächlichsten Maschinen zu betrachten und ihre technische Vollkommenheit zu prüfen. Es sind dies die Nitz-, Nut-, Kissen- und Biegemaschinen, die wohl auch in jeder einigermaßen eingerichteten Buchbinderei vorhanden sind.

Seit vielen Jahren ist das Nitzen das allgemein übliche Verfahren zur Herstellung von Kartonnagen und wird auch heute noch vielfach angewendet, im besonderen, wenn an die Haltbarkeit dieser Arbeiten keine allzugroßen Anforderungen gestellt werden. Einer Beschreibung der allbekanntesten Nitzmaschinen enthalten wir uns, nur einigen Verbesserungen seien wenige Worte gewidmet.

Beim Auswechseln einzelner Nitzmesserhalter neuerer Konstruktion ist es nicht mehr notwendig, dieselben seitlich zu schieben bis der prismatische Kopf der Befestigungsschraube die Austrittsöffnung der Prismen im Halterbalken erreicht, wobei auch alle seitlich von dem auszuwechselnden Messerhalter stehenden Apparate aus der Maschine entfernt, wieder eingeführt und von neuem eingestellt werden mußten, es genügt vielmehr eine Viertel-drehung der Befestigungsschraube, um jeden einzelnen Apparat in beliebiger Stellung für sich allein nach vorn abnehmen zu können, auch ist die vertikale Verstellung unabhängig von der horizontalen, so daß ein schnelles und genaues Einstellen ermöglicht ist. Unter dem Namen „Präzisions-Nitzmesserhalter“ werden diese Apparate von den Firmen K. Krause, Chn. Mansfeld, Aug. Pomme und Sächsischer Kartonnagemaschinen-Aktiengesellschaft Dresden in den Handel gebracht.

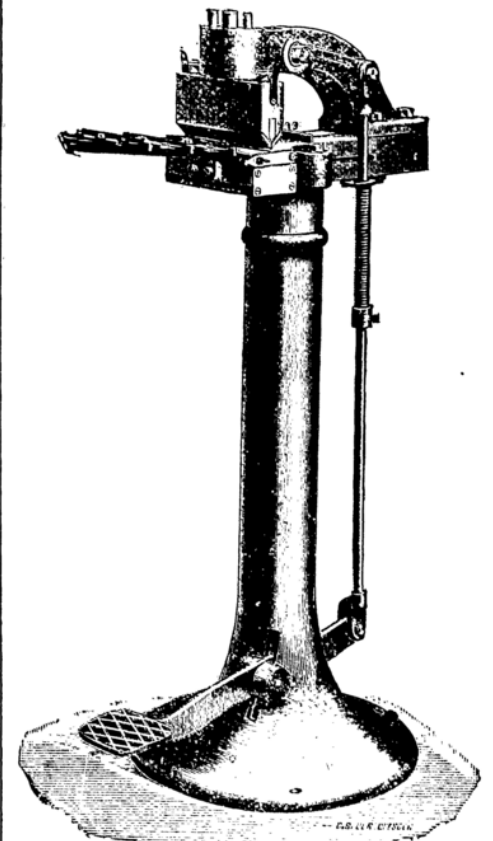
Interessant sind noch die verschiedenen Kombinationen dieser Maschine. Es werden „Happenschneide- und Nitzmaschinen“, „Doppel-Nitz- und Nutmaschinen“, „Doppel-Kissen-, Nut- und Nitzmaschinen“ gebaut. Erwähnenswert ist ferner, daß auf einer Nitzmaschine nicht nur die ihrem Namen entsprechende Arbeit gemacht wird, sondern daß



I.

daran ebenfugot Apparate zum Einprägen von Schrift, Zuckerschneide-, Farb- und Blindlinien-, einfache und Patentrollen- und Nut-Apparate usw. angebracht werden können, wobei statt der Nitzwalze eine Stahlwalze geliefert wird, auf welcher die zu den vorstehend genannten Apparaten gehörigen Muffen aufgesteckt werden. Einige sonstige Verbesserungen, als da sind „Präzisionsbogenanlage“ zum genauen Schneiden bedruckter Bogen, Krauses „Selbsteinführer“, der in Stücke zu schneidenden und zu ritzenden Streifen usw., dürfen wir als bekannt voraussetzen und wenden uns deshalb dem Nuten zu.

Daselbe besteht darin, daß aus dem zur Verwendung kommenden Material an der Biegestelle



II. Biegemaschine B.L.A. der Sächsischen Kartonnagemaschinen-Aktiengesellschaft.

ein Span herausgeschnitten beziehungsweise gehobelt wird. Der Apparat besteht aus zwei Nitzmessern, ähnlich den bekannten „Schnitzern“, zwischen welchen ein Spanheber gelagert ist, welcher das Herausziehen des Spahnes besorgt. Die von der Firma Chn. Mansfeld hergestellten Apparate unterscheiden sich insofern, als dabei nur zwei runde schräg zueinander gestellte Nitzmesser Verwendung

finden, die vermittle ihrer eigenartigen Stellung den Span einklemmen und herausbefördern.

Naturgemäß wird bei den vorstehend erwähnten Verfahren das Material an der Biegestelle geschwächt, während bei den immer mehr sich einbürgernden Millen- und Biegemaschinen ein Verstärken der Biegestelle und somit eine erhöhte Haltbarkeit des hergestellten Produkts eintritt.

Die einfachen Millenapparate bestehen in einem Nitzmesserhalter mit abgestumpftem Messer, auf der Welle der Nitzmaschine ist ein mit eingedrehten Nuten versehener Muff aufgesteckt. Nachdem der Messerhalter im Galterbalken genau in die der Stärke des Nitzmessers entsprechenden Nute eingestellt ist, wird das zu rillende Material hindurchgeführt. Diese Art des Rillens ist jedoch nur bei ganz besonders biegsamem Material anzuwenden, während bei der Krausfischen Patentrillenmaschine weniger günstig auf die Biegsamkeit des Materials Bedacht genommen zu werden braucht, ja einige uns vorliegende Arbeitsmuster weisen auf schwacher Holzpappe eine tadellose Rille auf, die beim Umbiegen nicht im

Anordnung der Millenapparate und Kreismesser bei der Krausfischen „Kombinierten Pappenschneid- und Doppelrillen-, Nut- und Nitzmaschine“. (D.R.G.-M Nr. 160 525)

Trotz aller Vorzüge der vorstehend beschriebenen Maschine, wobei vor allem auch der schnellen Arbeitsmethode gedacht werden muß, halten wir doch das Biegen mittels Pappbiegemaschine für das Solideste und Sicherste, da hier Bedenken wegen des zu verwendenden Materials überhaupt nicht bestehen. Bei der Biegemaschine werden die Biegestellen durch Zusammenstauchen der Pappe hergestellt. Bei dem Zusammenstauchen bildet das zusammengedrängte Pappmaterial eine Luft, die mit zur Verstärkung der Kanten dient, so daß eine bisher unbekannt Haltbarkeit der Kartons erzielt wird. Dieser Vorteil tritt ganz besonders zutage bei der Verwendung von billigen Holz- und Stroh-pappen, die von der Biegemaschine ebenfalls in tadelloser Weise gebogen werden. Das Vollkommenste in diesen Maschinen dürfte wohl die Sächsische Kartonnagemaschinen-Aktiengesellschaft in Dresden auf den Markt gebracht haben. Es wird wohl

tonnagen sind, könnten wir noch über Neuerungen beziehungsweise Verbesserungen der verschiedenen Niet-, Heft- und Blechlammer-Appressmaschinen usw. berichten, auf die wir vielleicht gelegentlich zurückkommen werden. Leipzig.

Ein Arbeiterkongreß?

Motto: Es gibt Menschen, die neben ihren fünf Sinnen noch einen sechsten Sinn haben, den Sinn des Unsinns.

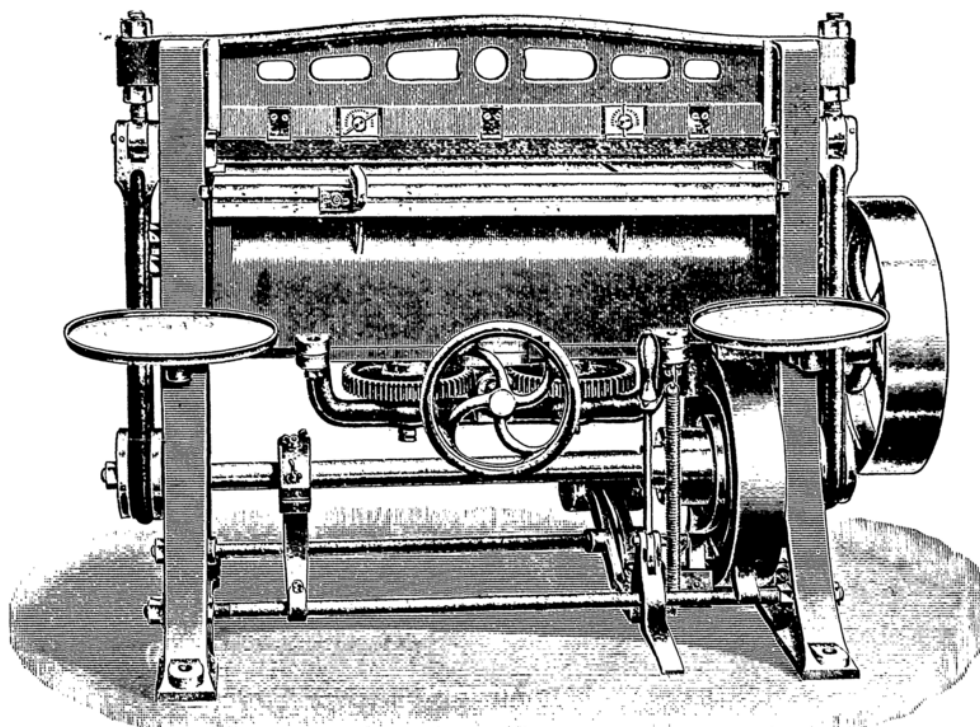
Unsin ist ein „Arbeiterkongreß“, der sich die Charaktereigenschaften: christlich, national, unabhängig, evangelisch, katholisch usw., selbst zuerkannt; kollidieren doch all diese wohlklingenden Töne mit der realen Praxis und Wirklichkeit. Wer ist denn eigentlich auf dem wirtschaftlichen Gebiet „christlich“ zu nennen? Der Urtierehmer, welcher dem Bibelwort hulbigt: Hau ich dich auf die rechte Backe, dann biete die linke auch dar; oder etwa der vor lauter christlichem Hüt tiefer Augenverdreher und Liebediener? Der moderne Gewerkschaftler zieht vielmehr den Satz heraus: Wer zwei Hölle hat, gebe dem einen, der keinen hat, anders lautend, die Ertrugenschaften der Arbeitskraft soll nicht einer privilegierten Klasse, sondern der gesamten Menschheit zugute kommen, dann hat der verschwenderische Ueberfluß auf der einen und das Darben auf der anderen Seite aufgehört. Sind das nicht die schönsten, christlichen Ideale? Wer ist heute national gesinnt? Etwa ein Streber nach recht viel Besitz, der, ohne auf die Träger eines Landesteiles, das Volk, zu hören und deren Willen zu resp.izieren, dasselbe erwirbt, annektiert? Ist das Kapital national, oder der Import billiger Arbeitskräfte, die Technik od. r sonst etwas auf unserem Wirtschaftsgebiet?

Unabhängig und Arbeiterorganisation -- wie reimt sich das zusammen. Werden doch selbst Gegner irgend eines „Caus fanals“, wenn es sein muß, an ihre Abhängigkeit erinnert und ausgeschlossen von dem Tische des Herrn.

Evangelisch und katholisch, das sollten ebenfalls Zierranken eines Arbeiterkongresses sein. Was fragt aber heute das Kapital danach, ob das Ausbeutungsobjekt eine päpstliche oder lutherische Gesinnung zur Schau trägt; die Hauptsache ist und bleibt doch die Gewinnbereicherung. Also all diese schönen Worte sind Praesen, sind Unsinn.

Unsere „Buchbinder-Zeitung“, wohl einzig in der Gewerkschaftspresse, außer etwa dem Bruder „Korrespondent“, geigt nun ein Loblied auf den Kongreß, das sich gewaschen hat und es scheint, daß einem doch sonst so nüchtern denkenden Redakteur durch das Weltereignis die Gefühlsaiten in Bewegung gesetzt sind. Wegdiskutieren will doch wohl niemand den Kongreß, aber behauptet kann und darf werden, daß ein derartiger Kongreß für uns bedeutungslos ist; ich gehöre sogar zu den Äußersten, die nicht ein paar hundert Mitglieder von den 600 000 abstreichen, sondern Tausende. Wie viele Nichtarbeiter sind doch in derartigen Vereinigungen und ein großer Teil ist zweimal, dreimal gezählt: im katholischen Arbeiterverein, im Windhorstbund, Piusverein und noch in der christlichen Gewerkschaft. Dies nur ein Beispiel dafür.

Was für große Ertrugenschaften hat nun der Kongreß aufzuweisen: Die Proklamierung „gleiches Recht für alle“, ein „Reichsvereinsrecht“, uneingeschränktes „Koalitionsrecht“, einheitliches und freihheitliches „Rechts- und Versammlungsrecht“, eine Debatte über „Arbeiterkammern“. Also diese Schlagworte, denn solche sind und bleiben es bei diesen Leuten, gaben diesem Kongreß die Zierde eines Arbeiterkongresses. Bei uns verlangt man schon bei einem Durchschnittsgewerkschaftler „ohne Treffen“ derartige Dinge als etwas Selbstverständliches! Des Pudels Kern liegt doch in den Taten, nicht in Worten. Wann und wo sind wir jemals von diesen Organisationen im Streben nach Verbesserung unserer Lage geschoben worden? Beobachtet man nicht überall bei Lohnbewegungen eine Lähmung, wenn nur ein kleiner Bruchteil dieser Leute mit in Betracht kommt; alles Mögliche muß erdacht werden, nur um dieselben zum Mitgehen zu bewegen. — Die Drapierung unserer Kongreßlokale sei eine Gewissens-, eine Prinzipienfrage für uns. Kollegen, lacht nicht, unser Redakteur sagt es, und dann muß es wahr sein. Für mich war es bis heute nur ein Drum und Dran, und wir



III. Biegemaschine B.S.E. der Sächsischen Kartonnagemaschinen-Aktiengesellschaft.

geringsten verlest wird; stärkere Holz- oder Stroh-pappen, im besonderen wenn dieselben recht ausgetrocknet sind, eignen sich nicht zur Verarbeitung mit der Millenmaschine. Die neueren Apparate zeichnen sich nicht bloß durch leichte, bequeme Handhabung und Einstelllung aus, sondern auch durch Verminderung der bisher ihre Verwendung oft beschränkenden Breitenausdehnung. An älteren Millenapparaten mußte bekanntlich jede Millenscheibe umständlich für sich allein verstellt werden, während jetzt eine kleine Drehung eines einzigen Holzens genügt, um beide Millenscheiben gleichzeitig in die erforderliche gegenseitige Entfernung einzustellen. Auch gestatten heute die neueren Apparate 50 Millimeter als die geringste Entfernung zweier Millen, während man früher die einzelnen Millen nur auf 80 Millimeter Mindestentfernung aneinander bringen konnte. Da eine weitere Raumbeschränkung der Millenapparate nicht gut durchführbar ist, Millen aber in vielen Fällen bedeutend mehr aneinander ausgeführt werden müssen, baut die Firma Karl Krause hierfür spezielle Millenmaschinen, die es durch Anbringung zweier Reihen von Millenapparaten hintereinander ermöglichen, Millen sehr eng nebeneinander herzustellen. Ebenso wie die Nitzmaschine werden auch die Millenmaschinen gleichzeitig mit einer Kreismesser verbunden, um bei nur einmaligem Durchlassen des Materials durch die Maschine nicht allein die Millen auf demselben herzustellen, sondern dasselbe zu gleicher Zeit auch zerlegen zu können. Abbildung I veranschaulicht die

kein Material existieren, welches von dieser Maschine nicht tadellos verarbeitet würde. Die Bedienung der Biegemaschine ist eine sehr einfache, die Verstellung für die verschiedenen Pappstärken und Kartonnagen ist in wenigen Sekunden gemacht, da es sich ei fach um das Drehen von Stellschrauben und Verschieben von Anschlägen handelt. Die Maschine wird gebaut mit einer Arbeitsbreite von 20 Zentimeter bis 180 Zentimeter. Bei der kleinsten Maschine stellt sich der Preis auf 200 Mk., bei der größten auf 2500 Mk.

Unsere Bilder zeigen die kleinste Maschine mit Faltschachtelanschlag (Abbildung II), sowie eine Maschine schweren Modells (Abbildung III) mit einer Arbeitsbreite von 100 Zentimeter im Preise von 1400 Mk.

Auch Maschinen mit automatischem Materialvorschub werden hergestellt, bei denen die Pappen nur unter eine Transportwalze zu schieben sind, um dann automatisch durch die Maschine geführt zu werden, die sie mit parallelen Biegungen in gewünschten Abständen versteht. Bei Massenherstellung von Faltschachteln und sonstigen Packungen ist diese Maschine von ganz besonderem Vorteil.

Außer dieser Firma baut noch Krause, Preuße, Mansfeld Biegemaschinen, deren Leistungsfähigkeit ebenfalls eine gute genannt werden muß, wie uns Arbeitsproben verschiedenen Materials beweisen.

Auf Wunsch wird auch Einrichtung zum gleichzeitigen Schließ- oder Eckenausstoßen angebracht.

Außer diesen Maschinen, die natürlich von grundlegender Bedeutung für die Fabrikation von Kar-

greifen wohl auch in Zukunft nach der Kappe, die uns gefällt, zwar nicht aus Prinzip, sondern aus Geschmack. Alles in allem: Der Eindruck des Artikels in Nr. 45 muß bewirken, daß jeder sich sagen kann: nicht nur bei den modernen Gewerkschaften ist gut wohnen, dieses kann auch vorteilhaft bei jeder anderen Organisation geschehen und ist manchmal viel angenehmer und mit weniger Schwierigkeiten verbunden.

Bedeutet vorstehendes auch eine Ausgleitung, so wird diese voraussichtlich ebenso wohlwollend gewürdigt wie der „Arbeiter“kongreß zu Frankfurt. Stuttgart. * * * -y.

Dazu das Folgende. Die philosophische Einleitung mag ja sehr interessant sein, sie berührt die Ausführungen meines Artikels nicht und schafft auch weder die Tatsache nicht aus der Welt, daß nun einmal christliche uvm. Gewerkschaften bestehen, eine Tatsache, mit der wir eben rechnen müssen. Daß ich mit meinen, in dem Artikel niedergelegten Ansichten in der Gewerkschaftspresse vereint dastehen, stimmt; nur der „Bruder“ „Korrespondent“ kam meinen Ansichten nahe. Der Hinweis auf die Geistesverwandtschaft des „Korrespondent“ mit der „Buchbinderzeitung“ beabsichtigt einen gewissen Zweck, der bei vielen erreicht werden kann; der Bruder „Korrespondent“ muß eben heute noch oft als schwarzer Mann gehalten, um die Arbeiter graulich zu machen; früher galt die Tarifgemeinschaft als Bauwau, heute stecken die damaligen Bauwauänner selbst bis am Hals in dem Sumpfe der Tarifgemeinschaft und allem dazu Gehörigen und wärzen emsa für sie, wer will es bestreiten, daß der schwarze Bruder in späterer Zeit auch nicht mehr zieht. — Verschwiegen darf aber nicht bleiben, daß zum Beispiel die „Frankfurter Volksstimme“ mit mir auch der Meinung war, daß es ein Fehler sein und von einer verhängnisvollen Kurzsichtigkeit zeugen würde, wenn man diese Arbeiterbewegung von oben herab nur mit der Laune wohlfeilen Spottes überschüttet oder billige Kritik an ihren Eigenheiten und Gebrechen üben wollte“. Weiter soll nicht verschwiegen bleiben, daß mir aus den Reihen unserer eigenen Kollegen auf den Artikel hin Anerkennungen zuteil wurden, eben deshalb, weil in ihm nicht nach dem allgemein üblichen Rezept verfahren wurde.

Ob hundert oder tausend, meinetwegen zehn- oder hunderttausend von dem angeführten Mitglierkand zu streichen sind, ist ein Streiten um des Kaisers Bart, ich hätte meine Ausführungen auch gemacht, wenn 40000 Mitglieder zu zählen sind; nach neueren Zusammenstellungen fehlen übrigens nicht soviel an den 600000.

Schwer könnte mich der Vorwurf treffen, den -y gegen mich erhebt, daß der Artikel den Eindruck macht, daß jeder sich sagen kann, nicht nur bei den modernen Gewerkschaften ist gut wohnen, sondern auch bei den christlichen, wenn seine Gehaltlosigkeit nicht zu offenbar wäre. Jemanden, der so oft die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung befrwortet hat und der noch nie der Protektion von Sonderorganisationen nahe gestanden hat, kann man, ohne eine schlechte Absicht damit zu verbinden, eine solche Meinung nicht unterstellen. Gerade das Gegenteil bezweckt mein Artikel. Ich betrachte die christlich organisierten Arbeiter nicht als unsere Gegner, die zu bekämpfen wir uns bemühen müssen und sogar auch dann, wenn kein besonderer Grund dazu vorliegt. Zur wirksamen Führung des wirtschaftlichen Kampfes genügen 80000 in den freien Gewerkschaften organisierte von den 7 Millionen Lohnarbeitern in Deutschland nicht, weshalb in Anlehnung der -y'schen Erkenntnis, daß der Unternehmer bei seiner Ausbeutung sich nicht durch die religiöse Gesinnung seines Arbeiters beeinflussen läßt, die Arbeiter ihre Kraft nicht nach religiösen oder politischen Anschauungen in Organisationen gesondert verzetteln sollten.

Auch erscheint es mir eine Pflicht unsererseits, jede Zerspaltung unserer Berufsorganisation möglichst zu verhindern. Vielleicht gelingt es uns auf die Dauer nicht, die Erziehung einer christlichen Organisation in unseren Berufe zu verhindern, dann sollten wir aber wenigstens dafür sorgen, ihr von vornherein den Boden zu entziehen, sie bedeutungslos zu machen, damit sie an ihrer eigenen Bedeutungslosigkeit wieder zugrunde gehen muß, und das erreichen wir natürlich nicht damit, daß wir sie unnützig verurteilen. Nicht die christlichen Arbeiter sind unsere Feinde, sondern die Hintermänner dieser Gewerkschaften, die Herren Pastoren und ihresgleichen. Diese irregulierten Arbeiter darüber aufzuklären, muß mit einer unserer Aufgaben sein. Ihnen volens volens den Vorwurf des Streibbruchs zu machen, halte ich nicht für berechtigt; mag sein, daß sie nicht immer sehr zuverlässig bei Lohnbewegungen sind, das große Heer der Unorganisierten ist es aber noch viel weniger, woraus dann der nötige Schluß zu ziehen ist. Daß für die Christlichen die in Frankfurt aufgestellten Forderungen Schlagworte sind, ist auch eine leichtfertige Behauptung; wir sind bisher auch noch nicht weiter gekommen, als diese Forderungen zu erheben. Daß die Drapierung unseres Kongreßprotokolls keine Prinzipien-

frage ist, wird durch den geschmacklosen Nachsatz: „Kollegen, lacht nicht, unser Redakteur sagt es, und dann muß es wahr sein“, nicht widerlegt. — Jedenfalls ist aber ein Meinungsaustausch, wenn er sich in solchen Grenzen bewegt, zu begrüßen, da durch Für- und Widerrede die Meinungen in unseren Reihen geklärt werden. G. S. C.

Korrespondenzen.

Zugug nach Hamburg, Altona, Offenbach und Breslau ist fernzuschalten!

Leipzig. Unsere Versammlung der Portefeuller, Stui- und Galanteriearbeiter fand am 30. Oktober statt. Genosse Pinkau hielt einen interessanten Vortrag über Londoner Straßenbilder. Wie sich das Leben und Treiben in der Sechsmillionenstadt abspielt, besonders wie es sich abspielt vor den Augen eines Klassenbewußten deutschen Arbeiters, das schilderte der Referent in anschaulicher Weise. Er kommt zu dem Schluß, daß sich nur durch die weitgehenden englischen Freiheiten die dortige Gewerkschaftsbewegung zu ihrer Höhe entwickeln konnte; neuere Vorkommnisse veranlassen sie, ihr Augenmerk mehr der Politik zuzuwenden. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten. Die Abrechnung des Portefeullerverbandes vom dritten Quartal gab Perbert. In die Biererkommission wurde der Galanteriearbeiter Seidel gewählt. Über die Statutenberatung der Ortskrankenkasse gibt Harbt Bericht von der Generalversammlung. Eine Beschlusfassung wurde auf die am Freitag den 6. November im Pantheon stattfindende Buchbinderversammlung verschoben, woselbst über dieses Thema ein Referat stattfindet.

Sodann wird die Angelegenheit Briz kontra Gölle zurückgestellt, bis die gemeinschaftliche Versammlung der Vertreter der „Volkszeitung“ und der Ortskrankenkasse stattgefunden hat. Der Vorsitzende Thörner gibt sodann bekannt, daß am Mittwoch den 25. November Kollege Weinschild ein Referat bei uns halten wird, wozu die Kollegen möglichst zahlreich erscheinen möchten. Auch soll noch eine Liste für die Crimmitschauer Weber zirkulieren. Nachdem noch auf die Lokalliste hingewiesen, erfolgt Schluß der Versammlung.

Ludewalder. In unserer letzten Versammlung gab zunächst der Bevollmächtigte Sailer den Geschäftsbericht für das verstlossene Quartal. Er hob hervor, daß von einer besonderen Tätigkeit nicht die Rede sein könne; außer den laufenden Versammlungen sollte eine Werkstübenversammlung abgehalten werden, die Kollegen haben es aber bis auf zwei vorgezogen, nicht zu erscheinen. Es betrifft dies die einzige Fabrik, in welcher die Organisation bisher noch nicht Fuß fassen konnte. Wenn sonst keine regere Tätigkeit entfaltet werden konnte, so lag die Schuld hauptsächlich mit an der Interessenlosigkeit der Verbandsmitglieder selbst, welche in ihrer Mehrzahl fast nie die Versammlungen besuchen und auch absolut nichts unternehmen, um die miserablen Verhältnisse zu bessern. Die Delegierten zum Sautage hätten sich gewissermaßen verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß in Ludewalder die zehntägige Arbeitszeit eingeführt werde. Wenn die Mitglieder jedoch den Verbandsleben nicht mehr Interesse entgegenbringen, sei an die Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu denken. Diese Interessenlosigkeit und der fortwährend schlechte Besuch der Versammlungen bewegen ihn, Sailer, sein Amt als Bevollmächtigter niederzulegen, da es ihm scheine, als ob die Verbandskollegen kein Vertrauen mehr zu ihm hätten. Vielleicht, und dies hoffe er, sei es besser, wenn ein anderer Kollege an der Spitze stehe, welcher es besser verstehe, die Kollegen für das Verbandsleben zu interessieren. Nach kurzer Debatte wurde zur Neuwahl geschritten und ging Kollege Albert Staats als gewählter Bevollmächtigter daraus hervor, welcher von den abgegebenen 14 Stimmen 7 auf sich vereinigte, die übrigen zersplitterten sich.

Sodann gab Lehmann den Kassenbericht, da die Verbandskasse jedoch noch nicht revidiert war, konnte Entlastung nicht erteilt werden.

Berlin. Eine zahlreich besuchte Versammlung der Albumarbeiter und -Arbeiterinnen fand am 2. Nov. im Gewerkschaftshause statt. Über die nächsten Aufgaben in der Albumbranche referierte Bytomski. Er wies die Anwesenden in seinen Ausführungen auf die Notwendigkeit hin, an den in der früheren

Resolution festgelegten Forderungen festzuhalten, welche im wesentlichen verlangen: eine neuntägige Arbeitszeit, Zahlung eines prozentualen Aufschlags für Überstunden, Einführung von Minimallöhnen, sowie Erhöhung der Affordsätze, wie sie für das Buchbindergewerbe festgelegt sind. Redner weist ferner darauf hin, daß für die Albumarbeiter infolge der Interesslosigkeit der Arbeiter noch keine bestimmten Löhne existieren; besonders die Kollegen der Firma Kresse & Geßner sind es, welche sich bisher gedrückt haben, der Organisation, durch welche sie einzig und allein etwas für ihre Lage erzielen können, beizutreten.

In der anschließenden recht regen Diskussion äußerten sich alle Redner im Sinne des Referenten. Ein Kollege hält die maschinellen Einrichtungen für die alleinige Schuld der heutigen großen Arbeitslosigkeit, während früher 1200 bis 1300 Arbeiter beschäftigt werden konnten, würde dieselbe Arbeit heute mit 600 Arbeitern verrichtet. Ein anderer Kollege erzählt einen Fall, wo ihm ein Unternehmer gesagt hat, wenn er ein tüchtiger perfekter Arbeiter wäre, könne er bei ihm in Afford als Präger bis 21 Mk. verdienen.

Einem anderen Kollegen ist sogar von einem Unternehmer in der Prinzenfennenstraße als Stanger 27 Pf. Stundenlohn geboten worden. Eine Kollegin meint, daß die Arbeiterinnen bei der heutigen zehntägigen Arbeitszeit nicht in stande wären, ihren häuslichen Obliegenheiten nachzukommen, sie besprach ferner die niedrigen Löhne der Kolleginnen.

In seinem Schlußwort weist Bytomski auf die einzelnen miserablen Verhältnisse in den Werkstübchen hin; sei es doch vorgekommen, daß einer Kollegin von einem Arbeiter gesagt wurde, er werfe ihr einen Stoß Bücher gegen den Kopf, wenn sie ihm noch einmal einen Versammlungszettel brächte. Auch sei es zu verwundern, wie die Kollegen der Firma Müller & Hilperz bei ihrem Verdienst existieren könnten, wird doch das ganze Jahr verkürzte Zeit gearbeitet. Auch die Kollegen der Firma Voepert & Kuhnt zeigten zum Teile kein Interesse, ihre Lage zu verbessern, haben sie doch Geld zur Jubiläumfeier, aber nicht in den Verband einzutreten, welcher doch die beste Sparkasse sei. Alle diese Mißstände, meint Redner, sollten die Albumarbeiter zum Anschluß an unseren Verband zwingen, um durch ihn diese Mißstände zu beseitigen, die neuntägige Arbeitszeit und geregelte Lohnverhältnisse einzuführen.

Barmen. In unserer letzten Versammlung stand unter anderem auch die Frage betreffs Anstellung eines besoldeten Beamten für Rheinland und Westfalen auf der Tagesordnung. Eingeleitet wurde die Debatte hierzu durch Verlesen der Essener Resolution, des Berichts der Essener Konferenz, sowie durch die Artikel der Kollegen M. R. und Is., worauf sich fast alle Redner im Sinne des mit Is. gezeichneten Artikels aussprachen. Es gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die heutige Versammlung der Zahlstelle Barmen nimmt Kenntnis von der Essener Resolution. Die Versammlung ist jedoch der Meinung, daß es nicht angängig ist, einen besoldeten Beamten nur für Rheinland-Westfalen anzustellen, sie ist vielmehr der Ansicht, daß es aus praktischen Gründen geboten erscheint, vier bis fünf Beamte für das ganze Reich anzustellen, welche sich nur mit der Agitation zu befassen haben, denn eine planmäßige Agitation kann nicht nach Feierabend betrieben werden. Zudem würden die Kosten auch nicht höher, als wenn sämtliche Gauvorstände nach dem Vorschlage des Kollegen M. R. jährlich mit 500 bis 600 Mk. entschädigt würden. Die Versammlung erwartet eine Regelung dieser Angelegenheit bestimmt vom nächsten Verbandsstag.“

Essen-Puhr. Wenn alle Zahlstellen den Raum unserer Zeitung soviel in Anspruch nähmen, wie Essen, müßten wir bald eine Beilage machen“, wird mancher Leser denken. Aber immer gib's was Interessantes zu berichten und so auch heute: denn zwei Buchbinderversammlungen auf einmal ist doch was Besonderes. Beginnen wir mit der ersten. Wer gleicher Gesinnung war wie der Einberufer und wer mithelfen wollte, einen Christlichen Gewerksverein für die graphischen Berufe zu gründen, konnte kommen. Indessen war der größte Teil der Anwesenden, bestehend aus organisierten Buch-

druckern und Buchbindern, nicht gleicher Gesinnung wie der Einberufer, in dem jeder Leser leicht den Kollegen Mensing erraten haben wird, der es immer noch nicht begreifen kann, daß sich die Buchbinder ohne Rücksicht auf religiöse wie politische Anschauungen des einzelnen organisieren. Lieber hüßlich auseinanderorganisiert, Zwietracht zwischen die eigenen Berufsgenossen gesät, damit wir nichts erreichen können und unseren Prinzipalen nicht unbehagen werden, das mögen seine und seiner Hintermänner Gedanken sein.

Nachdem energisch auf Anfang gedrängt und M. aufgefordert wurde, sein Programm zu entwickeln, erklärte er, dies eigentlich nur im Kreise seiner Gleichgesinnten tun zu wollen. Mehrere Anwesende gingen nummehr scharf mit dem Einberufer und seinem lichtscheuen Gebaren ins Gericht und forderten Aufklärung, welche nicht geben zu können Mensing erklärte, da er nicht vorbereitet sei. (Zudemfalls hatten die Hintermänner einen derartigen Ausgang der Sache nicht erwartet und dem Mensing daher nicht das richtige aufgeschrieben.) Als ein Redner erläutern wollte, welche Behandlung die Arbeiterfrage auf dem letzten Katholikentage erfahren habe, fuhr der Einberufer nervös auf, entzog dem Redner das Wort und forderte seine Getreuen auf, mit ihm das Lokal zu verlassen, und stolz auf ihren Führer blickend, folgten ihm zwei Kollegen. Laute Empörung machte sich bei den Zurückbleibenden über den feigen Rückzug bemerkbar und alle, Organisierte und Nichtorganisierte, zogen zu unserem Versammlungslokal „Bürgerhalle“, um unserer Mitgliederversammlung beizuwohnen und war der Saal im Augenblick bis auf den letzten Platz besetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung unterzog unser Vorsitzender Carich unter lebhaftem Beifall der Anwesenden die Vorgänge in der eben geschilderten Versammlung einer vernichtenden Kritik und bezeichnete es als geradezu frivol, wenn man angesichts der Tatsache, daß das ganze graphische Gewerbe durch starke Verbände in der Gewerkschaftsbewegung vertreten ist, es wagt zu versuchen, die beteiligten Arbeiter zu zerplittern, was um so mehr zu verurteilen sei, als die betreffenden Verbände außerordentlich segensreich in jeder Lebenslage für die Mitglieder gewirkt hätten, und da dieselben in jeder Hinsicht neutral seien, sei irgendwelcher nur halbwegs stichhaltige Grund zur Gründung von Sonderorganisationen absolut nicht vorhanden. Früher, als unsere Zahlstelle noch nicht bestand und die Kollegen damals gerade so christlich waren wie heute, ist niemals der Versuch einer derartigen Gründung gemacht worden, erst jetzt, da unsere Zahlstelle erstarkt und für die Mitglieder Vorteile schafft, scheint das gewissen Leuten unbehagen zu werden. Am bezeichnendsten, wie unnötig die beabsichtigte Gründung ist, ist, daß sich die christlich gesinnten Kollegen bei uns, insolge unserer neutralen Haltung nicht nur wohl fühlen, sondern auch kräftig für den Verband agitieren und dies dem Mensing auch öffentlich erklärt haben.

Nummehr erhielt Kollegin Jule das Wort, die in ihrer bekannten vorzüglichen, zu Herzen gehenden Weise über das Thema „Wie haben wir die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen im Buchbindergewerbe?“ referierte. Andächtig lauschten Kollegen und Kolleginnen, welche letztere zum größten Teile wohl zum erstenmale das Evangelium der Organisation hörten, den Worten der Referentin. Der ungeteilte Beifall bewies, daß die Anwesenden mit den Ausführungen einverstanden waren. — In der Diskussion sprach nach Carich noch ein christlicher Kollege, der ebenfalls warm für den Verband eintrat. Inzwischen waren die ausgeteilten Aufnahmescheine wieder zurückgegeben und bezifferten sich die Aufnahmen auf zehn. Nach einem kräftigen Schlußwort unseres Vorsitzenden, in dem er zu festem Zusammenhalt anfeuernte, klang die schöne Versammlung in ein begeistertes „Hoch“ auf die Einigkeit der Essener Buchbinder und den Deutschen Buchbinderverband aus.

Und nun Kollegen, nachdem ihr bewiesen habt, daß ihr keine Zerplitterung dulden wollt, zieht die Konsequenzen daraus und schließt euch, die ihr noch nicht Mitglieder seid, dem Verbände an und ihr werdet nicht schlecht dabei fahren. Tretet ein in unseren

Bund, ihr seid als Brüder aus willkommen.

Nächste Versammlung Samstag den 21. November, abends 7/9 Uhr, in der „Bürgerhalle“, Rottstraße. **Gotha.** Am 21. Oktober hielten wir unsere Generalversammlung ab, die verhältnismäßig gut besucht war. Unser Vorsitzender befandete zunächst, daß eine öffentliche Versammlung geplant war, die aber nachträglich doch nicht abgehalten werden konnte. In diesem Vierteljahr hielten wir 10 Versammlungen ab inklusive zweier Werkstuben- und einer Generalversammlung; ferner fand eine Vorstandssitzung statt. Die Einnahmen der Verbandskasse inklusive Bestand betragen 64,46 Mk., die Ausgaben 32,40 Mk., bleibt Bestand 32,06 Mk. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 42,69 Mk., die Ausgaben 25,96 Mk., mithin Bestand 16,73 Mk. Der Mitgliederbestand beträgt 11. Die zwei Werkstubenversammlungen waren sehr schlecht besucht; in der einen waren nur Verbandsmitglieder, in der anderen drei ältere Kollegen anwesend, welche sich aber nicht eher aufnehmen lassen wollen, bevor nicht die jüngeren aus der betreffenden Firma den Anfang gemacht hätten. Es ist eben eine Interesslosigkeit bei den Kollegen vorhanden, die sich auch gar nicht bessert. Hoffen wir, daß diese bald verschwindet.

Erlangen. Am 19. Oktober fand unsere Generalversammlung statt. Aus dem Kartellbericht ist hervorzuheben, daß seitens des Gewerkschaftskartells die Gründung einer einheitlichen Ortskrankenkasse energisch in Angriff genommen wird. Um den Boden hierfür zu ebnen, wird in sämtlichen Gewerkschaften ein Referat gehalten werden über das Thema: „Die Bedeutung der Ortskrankenkassen für die Arbeiterschaft.“ (Es ergeht hier gleichzeitig an sämtliche Mitglieder unserer Zahlstelle das dringende Ersuchen, die betreffende Versammlung, welche entsprechend bekanntgemacht werden wird, ohne Ausnahme zu besuchen.) Ferner ist an das Kartell der Antrag auf Gründung einer Zahlstelle des Verbandes der Fabrik- und gewerblichen Hilfsarbeiter ergangen und werden die nötigen Vorarbeiten hierzu veranlaßt.

Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht ist zu entnehmen, daß der Mitgliederstand am 1. Oktober auf 263 (jezt nahezu 300) gestiegen ist, 108 männliche und 155 weibliche. An die Verbandskasse wurden eingesandt 250 Mk., für Arbeitslosenunterstützung wurden verausgabt 168,05 Mk. Der Stand der Lokalkasse ist trotz großer Ausgaben ein befriedigender. In Anbetracht der bedeutend gestiegenen Mitgliederzahl und dadurch bedingten vielen Arbeit der Funktionäre wurde dem Vorsitzenden und Kassierer eine Entschädigung von 10 Mk. zugewilligt. Der Geschäfts- und Kassenbericht gibt Anlaß zu reger Diskussion, da in jeder Richtung befriedigende Fortschritte gemacht wurden. Vor allem ist es erfreulich, daß im letzten Quartal keine einzige Kollegin dem Verband den Rücken gekehrt hat, außer einigen, welche den Beruf wechselten. Der Austritt einiger Kollegen, vor allem der alten Verbandskollegen Hirschleber und Thür auf, ehemalige langjährige Zahlstellenfunktionäre, wird scharf, aber gerecht kritisiert. Es wird bei dieser Gelegenheit aufs neue beschlossen, die Namen der Austrittenden in den Versammlungen zu veröffentlichen.

Die Arrangierung der Wintervergügen wird der Verwaltung überlassen.

Das Verhalten einiger Verwaltungsmitglieder, welche an chronischer Sitzungsschwäche leiden, auch in den Versammlungen selten zu sehen sind, gibt Anlaß zu Tadel; die Pflicht der Verwaltungsmitglieder ist es doch in erster Linie, nach jeder Richtung hin ihre volle Schuldigkeit zu tun. Hoffentlich wird diese Mahnung dazu beitragen, daß die Betreffenden für die Zukunft ihre Schuldigkeit tun.

Richtigstellung.

Zu den Nachklängen vom Gantag des Gaus IX sehe ich mich veranlaßt, nochmal das Wort zu nehmen. Da die Kollegen Smolny und v. Lojewski ihre Angaben im Bericht über die Beschwerde Klingenschmidt gegen den Verbandsvorstand aufrecht erhalten, erkläre ich hiermit, daß ich mir nicht bewußt bin, auf dem Gantag von Klingenschmidt gehört zu haben, der

Verbandsvorstand hätte ihm nur 75 Pf. Gemäßregelunterstützung bewilligt. Ich halte an der Auffassung fest, wie ich sie in einem Briefe an den Verbandsvorstand, welcher auf meinen Wunsch in Nr. 45 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht ist, niedergeschrieben habe. Da Klingenschmidt nur davon sprach, daß der Verbandsvorstand zu spät geantwortet und darum ein Eingreifen seiner Arbeitskollegen unmöglich gemacht habe, müssen diese Ausführungen von den beiden Schriftführern mit den unmittelbar darauf gemachten Ausführungen des Kollegen Ott Gera verwechselt sein, welcher von einer 75 Pfennig-Unterstützung sprach. Klingenschmidt kann aber auch um deswillen die fraglichen Angaben nicht gemacht haben, weil diese von vornherein unglaubwürdig sind, denn diese Unterstützung entspräche nicht den §§ 12 und 17 unserer Streit- und Maßregelungen-Reglements. Da die beiden Schriftführer noch in Nr. 46 der „Buchbinder-Zeitung“ nicht weniger als fünf Richtigstellungen* geben, siehe ich nicht ab zu erklären, daß der in Nr. 41 veröffentlichte Teil ihres Berichtes nicht mit der nötigen Sorgfalt ausgearbeitet und darum mangelhaft ist. Ich belaste dies noch damit, daß das Verhandlungsergebnis der beiden Beschwerden (Ott und Klingenschmidt) nicht den Tatsachen entsprechend wiedergegeben ist. Ich verweise darauf, was ich in Nr. 45 der „Buchbinder-Zeitung“ sagte. Die Beschwerde Ott wurde als unzutreffend bezeichnet. Doch soll sie dem nächsten Verbandstag als Material zur Erhöhung derartiger Unterstützung dienen. Klingenschmidt wurde Auftrag gegeben, seine Beschwerde in seiner Zahlstelle nochmal zu verfolgen.

Was nun das Phantasiegebilde der beiden Kollegen betrifft, Klingenschmidt sei durch einen unbekanntem Heizer zu seiner Richtigstellung in Nr. 45 der „Buchbinder-Zeitung“ veranlaßt worden, so muß ich es dem Kollegen Klingenschmidt überlassen, sich von dem Vorwurf der Schwäche, welcher für ihn darin liegt, zu befreien. Damit mir nicht etwa die Rolle des unbekanntem Heizers und Verglers angedichtet werden kann, erkläre ich, daß ich seit dem Gantag weder schriftlich noch persönlich mit Klingenschmidt verkehrt bin. Ich selbst habe zur Sache Stellung nehmen müssen, weil der Bericht, welchen ich meiner Zahlstelle geben konnte, in Widerspruch steht mit dem in der Zeitung veröffentlichten. Ich wurde darum von meinen hiesigen Kollegen zu diesem Schritt verpflichtet.

Nun zu der mir persönlich zuteil gewordenen Abfertigung. Es ist richtig, daß ich die Sache Klingenschmidt vor das Forum des Gantags gezogen habe. Ich glaube mich dazu verpflichtet. Falsch ist, daß ich unbedingt dafür eingetreten wäre, dem Verbandsvorstand eine Rüge zu erteilen. (Nach ihrem eigenen Bericht war dies der Kollege Schütz-Zina.) Nur wenn sich die Angaben Klingenschmidt behaupten, war ich dafür. Ich halte es für notwendig dieses festzustellen, damit nicht der Gedanke aufkommen kann, ich habe mich mit Klingenschmidt verschworen, dem Verbandsvorstand auf diese ungeschickte Weise eins auszuwichen. Damit nun die breitere Öffentlichkeit noch erfährt, wie schrecklich ich den beiden Kollegen auf offener Postkarte mitgespielt habe, sei auch dieses ans Tageslicht gezogen. Nachdem ich dem Gauvorsitzenden Jünemann einige Mitteilungen gemacht habe, gebrauchte ich die Redewendung: „Was ist das für eine Schweinerei mit Klingenschmidt? Den beiden Schriftführern kann man freilich das Lob einer — guien — Berichterstattung nicht versagen.“ Mit ersterem drückte ich meine Entrüstung über die ganze Geschichte aus. Mit letzterem wollte ich die mangelnde Berichterstattung treffen. Das sind die ganzen Kraftworte, auf welche die beiden Kollegen nicht antworten wollen oder — können. Da sich durch dieses auch unser Gauvorsitzender Jünemann wunderbarerweise als von mir angegriffen betrachtet, wie ich aus einem Antwortschreiben von ihm entnehmen kann, muß ich annehmen, daß in Erfurt eine leicht empfindliche Lust herrscht. Aber

* Anm. d. Red. Diese Fehler verschulden nicht die Schriftführer, außer der undeutlichen Schreibung des Namens.

feine mir gemachte verdeckte Anrempelung antworte ich ihm brieflich.

Zum Schlusse erkläre ich noch, daß ich das Verhalten Klingenschmidts in dieser Affäre sehr verurteile.

Altenburg.

Otto Jänicke.

Erklärung.

Zu Herrn Maucis Berichtigung in Nr. 46 müssen wir nochmals erklären, daß der Gendarm Lange, Mariendorf, zu den Akten erklärt hat, daß die Herren Mauci, Beckurist Gans und Portier Ziegner bezeugen würden, daß, wenn die Versammlung nicht aufgelöst worden wäre, wir uns auch mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt hätten. Wir müssen es demnach Herrn Mauci überlassen, sich mit den drei obengenannten über diese Sache auseinanderzusetzen. Da wir der Meinung sind, daß unser Organ nicht nur für Erklärungen und Gegenerklärungen da ist, müssen wir schon im Interesse der Kollegen verzichten, uns mit Herrn Mauci über unsere gegen ihn geführte Kampfweise in eine weitere Polemik einzulassen.

Zahlstelle Steglitz.

Briefkasten.

E. G. in D. Nachsendung war nicht mehr möglich, eignete sich auch gerade nicht besonders zur Agitation.

G. R. in St. Nicht beherzigenswert und von mir oft geübt; doch in diesem Falle schien mir eine Ausnahme gerecht.

Breslau. Bedauere sehr, Bericht über Lohnbewegung zurückstellen zu müssen; kam zu spät.

F. K. in F. Findet Verwendung.

G. P. in L. Brief erhalten. Unterlassungssünde fiel mir nachher selbst ein; auch von anderer Seite schon montiert.

Dr. B. in N. Besten Dank und Gruß.

Zurückgestellt: Internationales, Berichte aus Breslau, Hannover, Heideberg, München; Zur Berichtigung des Herrn Krefberg; Abrechnung vom Sieglitzer Streit.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Konstanz: Hermann Neels, Gebrüderstraße 14. Luckenwalde: A. Staats, Neue Friedrichstraße 15 d.

Abrechnungen

vom 3. Quartal 1903 sind vom 4. bis 17. November bei der Verbandskasse eingegangen: Von Brandenburg mit - Mk., Dortmund 150 Mk., Düsseldorf - Mk., Duisburg-Muhrot - Mk., Eisenberg - Mk., Göttingen 52,99 Mk., Finsterwalde - Mk., Gnanau - Mk., Heilbronn 60,45 Mk., Lahr 63,71 Mk., Luckenwalde 68,69 Mk., Pforzheim 116,50 Mk., Plauen 50 Mk., Saalfeld 47,01 Mk., Gau 1 - Mk., Gau 13 176,15 Mk. und vom Gau 14 mit - Mk. E. Hancisen.

Anzeigenfeil.

Buchbinder-Männerchor München.

675] (Mitgl. des Arb.-Sängerb.) [1.20

Sonntag den 22. November

Katharinen-Kränzchen

im Schleibingerkeller, Rosenheimerstr.

Anfang 4 Uhr. - Eintritt à Person 20 Pfg.

Zahlreichem Besuche sieht freundlichst entgegen

Der Ausschuss.

Unserem Kollegen [0.70

Peter Driessen nebst Braut

Herzlichen Glückwunsch

zur Vermählung. [0.70

676] Zahlstelle Krefeld.

Unseren lieben Kollegen [1.00

Gerhard Weitz und

Heinrich Lösch

zu ihrer Abreise von Hannover nach Berlin ein

„Herzliches Lebewohl!“

und freundliche Grüße an Genosse S u f f.

Die H. V.-Kollegen von J. G. König & Ehard.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe in Berlin. Delegierten-Wahl!

678]

[10.00

Am Sonntag den 29. November findet im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal III die Wahl der Vertreter der Kassenmitglieder

zur Generalversammlung, gemäß §§ 48 und 49 des Kassenstatuts, statt.

Zu wählen sind 286 Vertreter.

Die Wahl beginnt um 10 Uhr vormittags und wird um 2 1/2 Uhr nachmittags geschlossen.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur großjährige Kassenmitglieder.

Das Mitgliedsbuch muß zur Legitimation vorgezeigt werden.

Die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber

findet am Mittwoch den 2. Dezember, von 6 bis 8 1/2 Uhr abends, im Restaurant des Herrn Lehmann, Nauynstraße 44, statt.

Zu wählen sind 133 Vertreter.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Bernh. Jost, Vorsitzender.

Georg Wähler, Schriftführer.

Buchbinder Leipzigs und Umgegend.

Sonnabend den 28. November

Grosses Herbstvergnügen

in sämtlichen Räumen des

„Albertgarten“ zu L.-Müger

679]

[6.80

unter gütiger Mitwirkung der Kollegen Schlösser, Henning, Richter, der vorzüglichen Tiroler Sängergesellschaft Grafenthaler, sowie der Leipziger Musikervereinigung (Dir. G. Schützke).

Einlaß 7 Uhr.

Nach dem Konzert:

Anfang 8 Uhr.

Grosser Ball mit Ueberraschungen.

Der Reinertrag fließt den Arbeitslosen zu.

Programme im Vorverkauf 25 Pfg., an der Kasse 30 Pfg.

Die Tarifkommission.

Die Programme sind bei Kollegen Schaible, sowie bei sämtlichen Vertrauensleuten zu entnehmen.

In einer größeren Stadt ist eine seit langem bestehende

Buchbinderei,

mit kleinerem, jedoch vergrößerungsfähigem

Papier-Geschäft

sofort oder später gegen bar billig zu verkaufen. Für Respektanten wäre Gelegenheit, sich eine gute Existenz zu gründen. Näheres durch

Wilhelm Köhler, Görlitz, Elisabethstraße 25. 680]



681]

[2.80

Warnung!

682]

[0.80

Brechstegelder wollen, bevor sie bei der Firma Meierhofer, Fries & Cie. in Winterthur in Kondition treten, beim Buchbinderfachverein daselbst, Adresse: R. Huber, Hintergasse 31, Erkundigungen einziehen.

Der Vorstand des Fachvereins Winterthur.

Achtung!

683]

[0.80

Wer mir über den jetzigen Aufenthalt meines Sohnes, den Buchbinder Wihl. Eumann, Aufklärung geben kann, wird ersucht, dieselbe an seinen Vater Karl Eumann, Restaurateur, Mühlheim a. d. Ruhr, zu senden, da seine Mutter schwer erkrankt ist.

Stadt-Reisenden,

möglichst bei Druckereien eingeführt, sucht leistungsfähige Buchbinderei. 684] [1.00

Dfferten unter B. R., Berlin, Hauptpostlagernd.

Jeder Nervenleidende lese d. Broschüre „Ein grosser Fortschritt auf d. Gebiete der Heilung sämtlicher Gemüts- und

Nerven-

leiden“, wie Nervosität, Schwindel, Schlaflosigkeit, Angstgefühl, Schwindelanfälle, nervöse Kopfschmerzen, Gehirnschwäche, Epilepsie. Gegen Einsendg. von 20 Pfg. in Briefm. franko zu beziehen durch Apotheker Büssgen in Büsingen a. Rh. 127 (Baden). 685a] [2.40

Empfehle mein neueröffnetes, gut ventiliertes

„Kaffee-Haus“,

Oranienstr. 144, am Moritzplatz.

Kaffee 10 und 15 Pfg.

Schultheiß-Verein und Märzen à Gl. 10 Pfg.

I. Etage:

5 Billards (Verkauf-Bande) à Stunde 40 u. 60 Pfg.

Große Auswahl politischer Tageszeitungen u. Journale. 686] [2.00

Hochachtungsvoll

H. Schurlig.